

Die Linke – Quo vadis?



Eine Publikation der Landesarbeitsgemeinschaft
„Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“ in DIE LINKE. Hessen

Heft 1 / März 2023



Editorial:

Wohin mit der LINKEN? Diese Frage stellen sich viele Genossinnen und Genossen der Partei. DIE LINKE. steckt in einer Krise und schafft es nicht, in den gesellschaftlichen Krisen wirk- same Gegenakzente zur herrschenden Politik zu setzen. Warum ist das so? Wie hat Deutschlands einst stärkste Oppositionspartei ihr friedens- und sozialpolitisches Profil sowie die Glaubwürdigkeit bei vielen Wählern verloren? Und was können wir dagegen tun?

In diesem Reader wurden Beiträge gesammelt, die die Debatte zu diesen Fragen fördern sollen. Vorangestellt ist die *Gründungserklärung der LAG Linksrum* – als Start-, nicht Endpunkt der politischen Positionierung der Landesarbeitsgemeinschaft. *Siegfried Müller- Maige* legt die marxistische Methode als Grundlage linker Politik dar und betont ihre Bedeu- tung in den Auseinandersetzungen. *Gabi Faulhaber* plädiert für einen konsequenten friedenspolitischen Kurs und erteilt militärischen Parteinarbeiten eine Absage. *Walter Busch- Huebenbecker* hebt den Wert von Klassenanalyse und gewerkschaftlich orientierter Klassen- politik für eine linke Partei hervor. *Lutz Getzschmann* kritisiert scharf den Opportunismus und den außenpolitischen Irrtum großer Teile der Parteiführung in der jetzigen Situation. Doch auch andere Arbeiten aus der LAG Linksrum fließen in dieses erste Heft ein: *Naisan Raji* stellt ihren Redebeitrag einer Protestkundgebung gegen die Bundestagsabgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann zur Verfügung, die wegen ihrer Verbindungen zur Rüstungsindustrie und ihren Forderungen nach außenpolitischer Eskalation gegen Russland in der Kritik steht. *Yusuf Karaaslans* Referat zu aktuellen Klassenkämpfen, welches sich mit den sozialen Verwerfungen der lohnabhängigen Bevölkerung seit der Coronakrise be- schäftigt, ist hier festgehalten. Ferner stellt *Benjamin Roth* in der Verschriftlichung seines Referats zum Begriff der sozialen Sicherheit Überlegungen zur politischen Schwerpunk- setzung und Ansprache in der jetzigen Lage an.

Diese erste Publikation ist Teil unserer Verständigung über den politischen Kurs in den aktuellen Klassenkämpfen. Einig sind wir uns nicht; die Beiträge in diesem Reader sind die Positionen einzelner Genoss/innen. Doch wir alle suchen nach neuen Wegen und Antworten auf die Krise. Mit der Verschriftlichung einiger unserer Gedanken und Gespräche stellen wir unser Wissen, aber auch unsere Fehler, anderen zur Diskussion. Wir freuen uns über Ant- worten, Repliken und Reaktionen zu den Beiträgen - sie können per E-Mail geschickt werden und werden in der zweiten Ausgabe berücksichtigt.

Lasst uns angeregt miteinander diskutieren statt verdrossen zu schweigen. Packen wir es an!
Frankfurt am Main, 22. März 2022, die Redaktion.



Herausgeber: LAG „Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“
in DIE LINKE. Hessen
Redaktion: Benjamin Roth, Gabi Faulhaber, Marina Stengel-John,
Walter Busch-Huebenbecker, Yusuf Karaaslan
Anschrift: Usagasse 26, 61169 Friedberg (Hessen)
Emailadresse: LAGFriedenSozial@web.de

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------|------|
| <u>1. Gründungserklärung der LAG „Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“</u> | - 4- |
| <u>2. Debatte – Schwerpunktthema: Die Linke – Quo Vadis?</u> | |
| 2.1 Siegfried Müller Maige: Marxistische Grundlagen linker Politik | - 7- |
| 2.2 Gabi Faulhaber: Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts | -16- |
| 2.3 Walter Busch-Huebenbecker: Für eine Linke mit Klassenkompass | -19- |
| 2.4 Lutz Getzschmann: Friedenspolitische Bankrotterklärung | -25- |
| 2.5 Naisan Raji: Im Auftrag der Rüstungsindustrie? | -30- |
| 2.6 Yusuf Karaaslan: Klassenkämpfe im Neoliberalismus | -33- |
| 2.7 Benjamin Roth: Sicherheit geht nur sozial | -37- |
| <u>3. Berichte</u> | |
| 3.1 Bericht über die Demonstration “Aufstand für Frieden” vom 25.02.23 in Berlin | -39- |
| 3.2 Kurzbericht über bisherige Aktivitäten der „LAG Linksrum“ | -40- |
| <u>4. Kontakte und die kommende Ausgabe der Publikation</u> | -40- |

Titelbild: Sisyphos-Darstellung Tizians, https://de.wikipedia.org/wiki/Sisyphos#/media/Datei:Punishment_sisyph.jpg.

1. Gründungserklärung der LAG „Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“

Heizung und Brot – Frieden und Würde – Demokratie und Sozialismus

Gründungserklärung der hessischen Landesarbeitsgemeinschaft “Linksrum – für Frieden und Soziale Sicherheit” in der Partei DIE LINKE.

So geht es nicht weiter! Wir suchen nach neuen Wegen.

Wir sind hessische Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE. Als Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten haben wir uns gesammelt, weil es so nicht weitergeht. Wir wollen wieder eine klassenkämpferische Partei! Wir wollen Genossinnen und Genossen, die sich offensiv für Heizung, Brot und Frieden einsetzen. Wir arbeiten vor allem außerparlamentarisch und gewerkschaftlich. Wir analysieren die Situation auf marxistischer Grundlage und suchen praktische Antworten.

Augen auf! Die ‚Zeitenwende‘ ist real und die zähflüssige Ära Merkel endgültig vorbei.

Kanzler Scholz kündigte mit seiner Rede am 27. Februar 2022 im Bundestag die letzten Reste deutscher Friedens- und Entspannungspolitik Deutschlands gegenüber Russland auf. Schon seit den 1990ern wird Deutschland zunehmend militaristisch und konfrontativ in der Außenpolitik. Mit 100 Milliarden Euro legt die Bundesregierung allerdings ein Hochrüstungsprogramm vor, wie es Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr hatte. Weltweit bricht sich Chaos Bahn: Mit dem Ukrainekrieg wird die Weltlage gefährlich instabil. Geopolitisch stehen sich USA und EU einerseits, Russland und China andererseits bedrohlicher denn je gegenüber. Der Krieg ist ein Stellvertreterkrieg zwischen diesen Machtblöcken. Mit Waffenlieferungen, Wirtschaftssanktionen und der Unterstützung des Regime-Changes in der Ukraine 2014 ist die NATO de facto eine Kriegspartei. Die Gefahr eines Atomkrieges ist so hoch wie seit den 1980ern nicht mehr. Und auch in Ostasien verdichten sich die Kriegszeichen.

Die Weltwirtschaft hat sich von der Finanzkrise 2008 nie richtig erholt. Nun taumelt sie – wegen des sanktionsgetriebenen Wirtschaftskrieges – durch Energie-, Rohstoff- und Getreideengpässe. Die globalisierte Produktion und die Lieferketten bröckeln. Viele Länder kämpfen mit Inflation und Rezession. Der Globale Süden steht kurz einer großen Hungersnot.

Deutschland führt diesen globalen Wirtschaftskrieg mit – außen wie innen: Durch Sozialkürzungen droht der Bevölkerung ein schlimmerer sozialer Absturz als durch die Agenda 2010. Protest dagegen wird ignoriert und diskreditiert. Kritische Meinungen werden medial niedergeschrien. Die Geschichte der Nazizeit wird antirussisch umgeschrieben: Mit der Gleichsetzung von deutscher und sowjetischer Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg, durch das EU-Parlament, der Schleifung sowjetischer Ehrendenkmäler und der Rehabilitierung faschistischer Kriegsverbrecher wie Stepan Bandera. Die Ausweitung des Volksverhetzungsparagrafen (§130 des StGB) auf aktuelle, umstrittene historische und gegenwärtige Konflikte, bedroht die Meinungsfreiheit.

Ende konsequenter Friedens- und Sozialpolitik? Das Erfurter Programm wird angegriffen.

DIE LINKE. – 2007 von PDS, WASG und weiteren Akteuren als Bündnis gegen neoliberale Politik und den sozialen Kahlschlag der Agenda 2010 gegründet – versagt in dieser Situation. Nach Jahren der agitatorischen Defensive, nach Formelkompromissen und Ausrichtung auf parlamentarische Tätigkeit, ist die Partei stark verbürgerlicht. Sie scheut Konfrontationen mit den Herrschenden. Durch das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan 2021, ist sie erstmals offen von einer Friedensposition abgerückt. Auf dem Erfurter Parteitag 2022 sprach sie sich erstmals für Wirtschaftssanktionen aus – zwar „nur“ gegen Oligarchen gerichtet, was allerdings in oligarchischen Gesellschaften trotzdem die Bevölkerung trifft. Die Tolerierung des Bürgergeldes im Bundesrat hat auch den sozialpolitischen Kern beschädigt. Die Sozialisierung der Wirtschaftspolitik und die Zerschlagung der Finanzmärkte, wie im Erfurter Programm festgeschrieben, steht für DIE LINKE. heute gar nicht mehr auf der Tagesordnung.

Wählerinnen und Wähler wenden sich ab: Nur knapp kam DIE LINKE. 2021 in den Bundestag und fährt seitdem Niederlagen bei Landtagswahlen ein. Sie wird nicht mehr als Partei der Lohnabhängigen und Erwerbslosen wahrgenommen – weder in den außerparlamentarischen Kämpfen noch in den Parlamenten. Stattdessen verhält sie sich auf Bundesebene als Regierungspartei im Wartestand. In Landesregierungen verwaltet sie die Verhältnisse mit. Linke kritische Positionen – vor allem gegen NATO und US-Imperialismus – vertreten nur noch wenige Amts- und Mandatsträger. Wachsende Teile der Funktionäre stellen sich außenpolitisch explizit auf NATO-Kurs. Zunehmend wird sich bei kontroversen Fragen weggeduckt. Stattdessen werden beispielsweise identitäts-politische Scheindebatten geführt.

Statt dies selbstkritisch zu analysieren, schließt die Führung der Partei mit leeren Appellen die Reihen. Große Teile der Funktionärsschicht, die von der Partei wirtschaftlich lebt, setzen auf 'Weiter so!'. Prinzipienlose Pragmatiker und kosmopolitische 'Bewegungslinke' drängen Sozialdemokraten und Kommunisten aus der Partei. Aggressive Meinungsmache, Ignoranz und Schmutzkampagnen verunmöglichen weitgehend wirkungsvolle Oppositionsarbeit. Friedenspolitisch konsequente LINKE werden angegriffen - siehe zum Beispiel der unwürdige Umgang mit dem Ältestenrat der LINKEN oder die Reaktionen auf die Rede Sahara Wagenknechts vom 8. September 2022 im Bundestag. Eine ernsthafte politische Streitkultur in der Partei wird torpediert.

Schluss mit (offenen wie verdeckten) Kriegsmanövern! Wir fordern konsequente Friedenspolitik:

Nur im Frieden können wir die Klimakrise und andere Menschheitsprobleme wirksam angehen. Wir fordern eine Abkehr von dieser imperialistischen Konfrontationspolitik, an der sich auch Deutschland beteiligt! Wir sind gegen jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr, gegen Waffenlieferungen, gegen Wirtschafts-, Kultur- und Cyberkrieg jeder Art.

Deutschland sollte eine neutrale, antimilitaristische und diplomatisch vermittelnde Rolle in der Welt einnehmen. Die Hochrüstungssummen müssen in soziale und ökologische Investitionen und in faire Entwicklungszusammenarbeit umgeleitet werden. Die Militarisierung im Inneren und die Kriegshetze der Medien sind zu stoppen: Wir treten ein für die Konversion

der Rüstungsbetriebe, eine gelebte Friedenskultur und -pädagogik sowie eine rein defensive Außenpolitik Deutschlands.

Die Konfrontation der Bundesregierung gegen Russland zerstört friedliche Koexistenz und 50jährige zuverlässige Energie- und Wirtschaftsbeziehungen. Massive Preissteigerungen, sozialer Absturz und weiteres Kaputtsparen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die Folgen. Durch diesen Krieg und Wirtschaftskrieg wird der Klimawandel weiter befeuert. Wir müssen diesen sinnlosen Wirtschaftskrieg stoppen! Sofortige ernsthafte Verhandlungen für eine Waffenruhe müssen her!

Sozialstaat als Grundrecht statt Almosen und Repression! Wir fordern echte soziale Sicherheit!

Das Grundgesetz der BRD gesteht allen Bürgern das Recht auf freie Entfaltung, körperliche Unversehrtheit und freie Arbeitsplatzwahl zu. Hartz IV, das nun Bürgergeld heißt, verletzt diese Grundrechte gegenüber Arbeitslosen. Sanktionen gegen Sozialhilfeabhängige sind existenzbedrohlich und befördern prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Der Niedriglohnsektor übt erheblichen Druck auf alle arbeitenden Menschen aus. Wir fordern eine sanktionsfreie, existenzsichernde Arbeitslosenversicherung, ein arbeitnehmerfreundliches Arbeitsrecht und echte Mitbestimmung über wirtschaftliche Entscheidungen im Betrieb! Im Neoliberalismus schützen weder vermeintliche Chancen-gleichheit und Diversität noch konservative Law&Order vor einem Leben in Armut und Angst. Wir lassen uns nicht abspeisen!

Wir sind mehrheitlich aktuell nicht für ein ‚bedingungsloses Grundeinkommen‘, da wir eine Vereinzelung sozialer Kämpfe befürchten und bei den aktuellen Kräfteverhältnissen eine Verschlechterung der Lebens- und Kampfbedingungen der breiten Bevölkerung für wahrscheinlich halten. Es braucht umfassende Investitionen und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir treten ein für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft, bis hin zu einer Sozialisierung zentraler Wirtschaftsbereiche. Das Recht auf gute, sichere Arbeit ist der Grundpfeiler unserer Sozialpolitik. Darum sind Arbeitskämpfe und Betriebsarbeit für uns wichtig – mit und in DGB-Gewerkschaften.

Kopf hoch in diesen schwierigen Zeiten! Was wir tun:

Wir geben in dieser Situation nicht auf! Weder verkrümeln wir uns ins Private oder überwintern in harmonischen Safe Spaces, noch tragen wir den Niedergang unserer hart erarbeiteten Partei mit. Wir sagen Kriegspolitik, Sozialverrat und Konformismus den Kampf an! Wir sammeln uns als Genossinnen und Genossen, denen klare Friedenspolitik und konsequente Sozialpolitik am Herzen liegen. Wir stecken nicht den Kopf in den Sand, sondern analysieren die Krise – auf marxistischer Grundlage und mit dem langfristigen Ziel einer Überwindung des kapitalistischen Systems. Wir helfen einander und den Abgehängten mit Solidarität und praktischer Unterstützung. Wir gehen als LINKE auf die Straße, an die Infostände und in die Betriebe – mit unseren kritischen Inhalten, nicht mit leeren Phrasen. Wir treten mit eigenen Publikationen an die Öffentlichkeit und stellen uns kontroversen Debatten. Auch dann, wenn weichgespülte Parteifunktionäre und ihr karrieristischer Anhang sich gegen uns stellen. Wir sind DIE LINKE., wie sie im Erfurter Programm steht!

2.1 Siegfried Müller-Maige: Marxistische Grundlagen linker Politik

Unter linker Politik werden mitunter sehr unterschiedliche Positionen verstanden. Im ideologischen Streit, auch über tagespolitische Themen, droht linke Politik beliebig zu werden. Um das zu verhindern, braucht linke Politik wieder eine klare theoretische und praktische Grundlage und Orientierung. Marxsche Methoden und Erkenntnissen sind dafür eine geeignete Grundlage.

Natürlich bieten auch politische Umfragen eine gewisse Orientierung, aber viele gesellschaftliche Probleme wie Krieg und Gewalt, Armut und obszöner Reichtum, Umweltzerstörung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit usw. haben tief liegende und komplexe Ursachen, die nicht leicht erkennbar sind und sich nicht unbedingt im Alltagsbewusstsein der Menschen und in Umfragen widerspiegeln. Hinzu kommen gezielte Meinungsmanipulationen, die genau solche Erkenntnisprozesse verhindern wollen. Deshalb sind gesellschaftliche Analysen für MarxistInnen unverzichtbar. Seit Marx wissen wir, dass diese Ursachen vor allem in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer ökonomischen Struktur und ihrer Ideologie, zu suchen sind.

In einer bürgerlichen Gesellschaft mit parlamentarischer Demokratie geht es in Wahlen um die parlamentarische Stärke linker und systemkonformer Politik, um das politische Kräfteverhältnis. Dieses bietet die Möglichkeit, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen hier und heute zu verbessern, was natürlich auch zu einer temporären Stabilisierung des kapitalistischen Systems beitragen kann. Für linke marxistische Politik geht es darüber hinaus aber auch und vor allem um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft, um das reale ökonomische Machtverhältnis. Die Überwindung einer Gesellschaftsformation erfordert nach Marx eine soziale Revolution, und im Kapitalismus bedeutet das vor allem die Überwindung der Eigentumsverhältnisse. Im Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsverhältnisse und für die Überwindung des kapitalistisch-bürgerlichen Systems stehen der Linken starke Verbündete des Kapitals gegenüber – das bürgerliche Rechtssystem (Eigentumsrechte etc.), der bürgerliche Staat (Gewaltmonopol etc.), die Mainstream-Medien, der bürgerliche Kulturbetrieb u.a. Linke Politik muss den schwer vermittelbaren, tatsächlich aber nur scheinbaren Widerspruch zwischen Systemüberwindung und einem besseren Leben hier und heute vermitteln. Gelingt das nicht, wird DIE LINKE den Weg der Sozialdemokratie und der Grünen hin zu einer systemkonformen Kraft gehen.

Optimistisch stimmt, dass in den aktuellen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, sowie für soziale Klima-, Umwelt- und Sicherheitspolitik immer mehr Menschen bewusst wird, dass die systemkonformen Kräfte diese Probleme nicht lösen können. Auch wenn vielen vielleicht nicht klar ist, was genau mit dem Slogan „System Change“ gemeint ist, so verstehen sie doch, dass gegen das Kapital und seine Unterstützer, echte Lösungen der genannten Problem nicht erreichbar sind.

Schlechte Wahl- und Umfrageergebnisse für DIE LINKE können also unterschiedliche Ursachen haben: (1) fehlende oder falsche Analysen der gesellschaftlichen Verhältnisse, (2) falsches politisches Handeln (z.B. mitregieren um jeden Preis statt konsequent anti-

kapitalistische Opposition), (3) unglaubwürdiges und inkonsequentes Auftreten in der Öffentlichkeit. Alles lässt sich aktuell in der LINKEN beobachten.

In diesem Beitrag geht es vor allem um die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse.

Was ist Marxismus?

Unter Marxismus verstehen wir die von Karl Marx und Friedrich Engels begründete Theorie und Praxis der menschlichen Gesellschaft und ihrer Entwicklung, also die Methoden und Erkenntnisse ihrer Analysen. Das folgende Zitat bezeichnet Werner Kullitzscher (Rotfuchs, Sept. 2013) als „die fundamentalste, verständlichste und zugleich kürzeste Zusammenfassung des Marxismus in seiner Einheit von Geschichte, Philosophie und Ökonomie.“ Auf sie wird auch nachfolgend Bezug genommen, hier ausführlich zitiert:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind...“ (Marx, Zur Kritik, MEW 13:8f.)

Ergänzend dazu die 11. Feuerbach-These: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt drauf an, sie zu verändern.“ (MEW 3:7) Das ist natürlich keine Absage an die philosophische Interpretation, sondern eine Aufforderung, es dabei nicht zu belassen!

Auch als Kritiker der politischen Ökonomie war Marx vor allem Gesellschaftstheoretiker und Philosoph. Die Notwendigkeit, sich mit politischer Ökonomie zu beschäftigen, ergab sich für Marx aus seiner eigenen materialistischen Erkenntnis, „dass ... die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei.“ (MEW 13:8).

Wesentliche Methoden und Erkenntnisse des Marxismus sind der philosophische Materialismus, das Basis-Überbau-Modell, die Dialektik, die Kritik der politischen Ökonomie und der Klassenkampf. Sie sollen hier in aller Kürze dargestellt werden.

Menschheit, Gesellschaft, Entwicklung. Einheit und Vielfalt in der Geschichte

Die Geschichte der Menschheit umfasst die Entwicklungen aller Menschen zu allen Zeiten und an allen Orten. In ihr drückt sich die Einheit der Menschheit, das Gemeinsame und Allgemeine aus, aber sie umfasst auch die Vielfalt aller besonderen Entwicklungen. Mit ihrer eigenen Geschichte leistet jede Gesellschaft auch einen Beitrag zur gemeinsamen Geschichte und Entwicklung der Menschheit. Diese folgt keinem einheitlichen, linearen und vorherbestimmten Entwicklungspfad, aber sie ist auch keine Aneinanderreihung willkürlicher Entwicklungen. „Die Menschen“, sagt Marx, „machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (MEW 8:115) Bildlich kann man sich diese Vielfalt als Vektoren in einem multidimensionalen Raum vorstellen, aus denen sich – rückblickend – eine resultierende Gesamtentwicklung als Einheit in der Vielfalt erkennen lässt.

Die Arbeit war und ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Evolution und Emanzipation der Menschheit. Sie löst sich damit aus der Tierwelt, nicht aber aus der Natur. Die Geschichte der Menschheit ist und bleibt Teil der Naturgeschichte.

Zunächst trugen alle arbeitsfähigen Menschen mit ihrer Arbeit (Jagd, Sammeln, Reproduktion) zum Überleben der Gruppe bei. Vor ca. 10.000 Jahren änderte die neolithische Revolution diese urgesellschaftliche Lebens- und Arbeitsweise grundlegend. Die Menschen entwickelten die Landwirtschaft und die Viehzucht, entdeckten neue Werkstoffe und entwickelten neue Werkzeuge. Aus Nomaden wurden sesshafte Bauern und Handwerker, die nun in Dörfern lebten. Damit einher gingen berufliche Spezialisierungen und gesellschaftliche Arbeitsteilungen. All das erhöhte die Produktivität der Arbeit und sorgte für ein regelmäßiges Mehrprodukt. Diese förderte – neben Gaben, Tausch und Handel – eine besondere und folgenschwere Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Die ersten Kopfarbeiter waren Priester, Verwalter, Herrscher usw. Dafür eigneten sie sich das von der Bevölkerungsmehrheit erarbeitete Mehrprodukt an. Die relativ egalitäre Urgesellschaft entwickelte sich in eine Klassengesellschaft mit unterschiedlichen Klasseninteressen. Mit dem Mehrprodukt ließ die herrschende Klasse Städte erbauen und Kriege führen, sie kontrollierte den Handel und entwickelte erste Hochkulturen. Die Gesellschaften wurden komplexer und es entstanden Teilsysteme mit unterschiedlichen Eigendynamiken, so z.B. Religion (Philosophie), Verwaltung (Staat, Recht) und Ökonomie (die warenproduzierende Fremdversorgung grenzte sich von der Selbstversorgung ab).

Die Entwicklung der Menschheit war und ist aber keine Idylle: „In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle.“ (Marx, MEW 23:742) Dies muss eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung berücksichtigen. Über die Aktualität und den Zusammenhang von Reichtum, Ausbeutung, Verelendung und Prekarität schreibt Benjamin Roth in seinem Artikel in diesem Reader.

Materialismus und das Basis-Überbau-Modell

Materielle Grundlage des menschlichen Lebens sind die Bedürfnisse, deren Befriedigung i.d.R. Arbeit erfordert. Für Marx ist Arbeit (Produktion, Reproduktion) wesentlich gesellschaftliche Arbeit. Diese Arbeit ist eine Existenzbedingung für das menschliche Leben, sie strukturiert und konstituiert Gesellschaft und gestaltet das Mensch-Natur Verhältnis. Werkzeuge, Geschick, Wissen und Kooperation verbessern das Arbeitsvermögen des Menschen, der wichtigsten Produktivkraft.

Neben dem allgemeinen Verständnis von Arbeit als ewiger Notwendigkeit ist Arbeit für Marx auch ein zentraler Begriff seiner Kritik der politischen Ökonomie. Die Proletarisierung von Bauern und Handwerkern in der sog. ursprünglichen Akkumulation verwandelte die Arbeitskraft in eine Ware, die das Kapital zwecks kapitalistischer Ausbeutung in Lohnarbeit verwandelt. Die kapitalistische Produktionsweise vertieft die Arbeitsteilung und damit die Vergesellschaftung der Arbeit.

Wie schon erwähnt, bestehen moderne Gesellschaften aus vielen relativ eigenständigen und eigendynamischen Teilsystemen. Politik, die gestalten will, muss die Verhältnisse und Beziehungen dieser Teile analysieren und verstehen. Oben haben wir bereits die Marxsche Erkenntnis zitiert: „Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.“

Am Grab von Marx unterstreicht Engels die Bedeutung dieser materialistischen Erkenntnis: „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der Menschlichen Geschichte: die ... einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können...“ (MEW 19:335). Ohne ökonomische Basis kein menschliches Leben, also auch kein Bewusstsein, kein Überbau. Diese Erkenntnis hebt die existenzielle Bedeutung der Ökonomie als Basis der Gesellschaft hervor, sie bedeutet aber nicht, dass der Überbau für die gesellschaftliche Entwicklung weniger wichtig ist – beide bestimmen das reale gesellschaftliche Leben und müssen deshalb in der Analyse und im politischen Handeln berücksichtigt werden.

Allerdings hat dieses Modell schon damals zu Missverständnissen geführt. So wurde behauptet, „das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende.“ Dazu Engels in einem Brief an Joseph Bloch: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens.“ (MEW 37:463). Endgültig geklärt war die Frage damit nicht, denn „*in letzter Instanz*“ kann man auch determinierend, also undialektisch verstehen (was auch passiert).

Eine weitere Bemerkung von Engels in diesem Brief verdient Beachtung: „Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen.“ (MEW 37:465; vgl. auch Engels an Conrad Schmidt, MEW 37:491ff.)

Beide Hinweise werden immer wieder übersehen, leider auch von MarxistInnen.

Dialektik

Die Marxsche Dialektik ist eine materialistische Methode zur Erforschung und Darstellung der gesellschaftlichen Selbstbewegung, d.h. der Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen. Diese Erkenntnisse sind für MarxistInnen die Grundlage für politisches Handeln (vgl. MEW 23:27f.). Marx hat kein Buch über Dialektik geschrieben, aber DAS KAPITAL ist auch ein Lehrbuch seiner Dialektik. Diese „wendet sich gegen jedes Denken, das ... die Aufmerksamkeit nicht auf Werden und Vergehen, Konflikte und Widersprüche, Herrschaftsverhältnisse und ihre Subversion richtet.“ (Haug, Dialektik, HKWM 2, 1995:657f.) Lineares und mechanisches Denken und Determiniertheit sind Gift für die Dialektik.

Eine zentrale Kategorie der Dialektik ist der Widerspruch. Er ist das treibende Element im Prozess des gesellschaftlichen Werdens und Vergehens. Aus Widersprüchen entstehen Bewegungen, Prozesse, Wechselwirkungen, Dynamiken. Deshalb müssen Widersprüche Gegenstand der Analyse sein. Im Kampf der Gegensätze erkennen wir die „tieferliegende, verborgene Einheit, ein Zusammengehören des Verschiedenen“ (Hegel-Lexikon 2006). Entwicklung ist kein willkürlicher Prozess oder eine Idee, sondern ein Ergebnis konkreter gesellschaftlicher Widersprüche und deren inneren Logik. Widersprüche können zu Klassenkämpfen und diese zur sozialen Revolution führen, und – falls erfolgreich – zu einer neuen sozioökonomischen Gesellschaftsformation. Aufgabe der Marxschen Gesellschaftstheorie ist es, diese Widersprüche in ihrer aktuellen und historischen Dimension zu erkennen, zu analysieren und für politisches Handeln nutzbar machen.

Mit der Dialektik können wir die Einheit und den Kampf von Gegensätzen erfassen, wir können Logik und Geschichte, Totalität und Autonomie der Teile zusammen denken und verstehen. Das Umschlagen von Quantität in Qualität, die Negation der Negation, das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten, vom Einfachen zum Komplexen, vom Besonderen zum Allgemeinen (und vice versa) sind dialektische Prinzipien und Methoden. Leider können diese Themen im Rahmen dieser Übersicht nicht vertieft werden.

Politische Ökonomie und politische Ökologie

Warum beschäftigte sich der Gesellschaftstheoretiker Marx so intensiv mit politischer Ökonomie? Dazu haben wir ihn bereits zitiert: „Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, dass ... die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei.“ (MEW 13:8) Deshalb setzte sich Marx die Aufgabe, „... das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen...“ (MEW 23:15f.).

Smith, Ricardo u.a. Theoretiker der klassischen politischen Ökonomie hatten bereits grundlegende Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise analysiert (industrielle Arbeitsteilung, Märkte, Außenhandel) und dabei die wertbildende Potenz der Arbeit als Quelle des Wohlstandes erkannt (Arbeitswerttheorie). An diese Erkenntnisse konnte Marx anknüpfen. Doch während jene Klassiker mit ihren wirtschaftsliberalen Theorien und Forderungen das kapitalistische System und den Aufstieg des Bürgertums förderten, wollte Marx das kapitalistische System verstehen, um es zu überwinden (Werden und Vergehen).

Hier ist nicht der Platz, um Marx' Kritik der Politischen Ökonomie darzustellen. Deshalb nur ein paar kurze Hinweise. Durch seine Analysen der Ware (Doppelcharakter: Gebrauchswert und Wert) entdeckt Marx den Warencharakter der Arbeitskraft und den Doppelcharakter der in den Waren dargestellten Arbeit (Marx: „der Springpunkt ..., um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht“, MEW 23:56). Das Kapital macht jedoch eine wichtige und verwirrende Unterscheidung: produktiv ist demnach nur Mehrwert bildende Lohnarbeit; Subsistenz- und Reproduktionsarbeit, aber auch gebrauchswertorientierte Lohnarbeit (z.B. Personal im Privathaushalt des Kapitalisten), sind aus Sicht des Kapitals unproduktiv, denn sie produzieren keinen Mehrwert (Profit). Diese Unterscheidung ist völlig unabhängig davon, ob die Arbeit gesellschaftlich notwendig und nützlich ist. Es folgen Analysen der Wertformen, des Fetischcharakters und des Geldes, die Verwandlung von Geld in Kapital, die Produktion des Mehrwerts, die Akkumulation usw. Im Kern geht es – neben der Vergänglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise – um die kapitalistische Form der Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital, eine völlig neue Form der Ausbeutung, die auf offene physische Gewalt verzichten kann und sich nicht in der Art und Schwere der Arbeit oder in der Höhe des Lohns zeigt. Um den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und das darauf basierende Ausbeutersystem aufzuheben, muss das Privateigentum an Produktionsmitteln (eine Voraussetzung der Warenproduktion) und die Grundlage der Lohnarbeit (Proletarisierung), kurz: das Kapitalverhältnis überwunden werden.

Im Kapitel „Maschinerie und große Industrie“ schreibt Marx: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23:529f.) Dass Marx der Ausbeutung der Arbeiter mehr Aufmerksamkeit schenkt als der Ausbeutung und Zerstörung der Natur (Ökologie), aber auch anderer wichtiger Themen, erklärt sich sowohl mit dem Argument von Engels (Brief an Bloch, vgl. oben), als auch aus der Tatsache, dass das ökologische Problem damals im Vergleich zu heute kaum sichtbar war, während das soziale Problem, die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Verelendung der Massen, offensichtlich war und dringend einer theoretischen Erklärung bedurfte.

Heute ist die Situation eine andere. Deshalb muss linke Politik auch ökologische Probleme analysieren und berücksichtigen. Politische Ökologie ist ein interdisziplinärer Ansatz, der „die Anliegen der Ökologie und einer weit definierten politischen Ökonomie (verbindet). Gemeinsam umfasst dies die sich ständig verändernde Dialektik zwischen Gesellschaft und den landgebundenen Ressourcen, aber auch innerhalb von Klassen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft selbst“ (Blaikie und Brookfield, zitiert in Hartwig, Die Vermarktung der Taiga, 2007:12).

Zur Aktualität der Klassenanalyse und der Aufgabe linker Politik schreibt Yusuf Karaaslan in seinem Artikel in diesem Reader.

Klassen und Klassenkampf

Eine zentrale Erkenntnis wurde schon im 1. Abschnitt zitiert: „Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“ (MEW 13:9)

Dazu eine wichtige Anmerkung von Enzensberger: „Marx hat die proletarische Revolution zwar als notwendige, nicht jedoch als automatische und unvermeidliche Folge der kapitalistischen Entwicklung betrachtet. Er hat immer daran festgehalten, dass es historische Alternativen gibt...: Sozialismus oder Barbarei.“ (Kursbuch 33, 1973:27f.) Vor dieser Alternative warnte auch Rosa Luxemburg im Ersten Weltkrieg. Revolutionen müssen von den Menschen gemacht werden, und sie werden gemacht: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ (MEW 4:462) In Klassengesellschaften sind Klassenkämpfe eine Form der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die grundlegenden Klassen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entstanden historisch in der sog. ursprünglichen Akkumulation: Bourgeoisie und Proletariat. Und solange das kapitalistische System existiert, reproduziert es diese Klassenspaltung. Die Bourgeoisie war die entscheidende Kraft gegen die feudale und für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft. Nun ist es die Aufgabe des Proletariats, mit ihrer Revolution nicht nur die kapitalistische, sondern überhaupt jede Form von Klassengesellschaft zu überwinden. Deshalb haben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest die alte Losung „Alle Menschen sind Brüder“ ersetzt durch die kämpferische Parole: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“.

Marx und Engels definieren Klassen im Kern ökonomisch. Im Kapitalismus bestimmt das Privateigentum an Produktionsmitteln, bzw. das Fehlen eigener Produktionsmittel, die Stellung im Produktionsprozess und damit den Charakter der beiden Hauptklassen: Kapitalisten (Eigentümer der Produktionsmittel, personifiziertes Kapital) und „doppelt freie“ Proletarier (frei von Produktionsmitteln und frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen). Daneben gibt es noch Bauern, Handwerker u.a., die sich mit eigenen Produktionsmitteln selbst versorgen (plus einfache Warenproduktion).

Das historisch entstandene und danach immer wieder reproduzierte Proletariat ist zunächst einmal völlig unorganisiert und keine kämpferische Klasse. Proletarier, deren Arbeitskraft nicht vom Kapital gekauft wird, drohen zu verelenden. Indem das Kapital sie in Lohnarbeiter verwandelt und in der Produktion vereinigt und ausbeutet, trägt es objektiv dazu bei, dass sie sich zur Klasse formieren und ihre Interessen wirkungsvoller wahrnehmen können. So produziert die Bourgeoisie „ihren eigenen Totengräber.“ (MEW 4:474) Nach wie vor, und heute im globalen Maßstab gilt, dass nur wenige Menschen vom Besitz an Produktionsmitteln leben können, sei es durch die Ausbeutung von Lohnarbeit oder durch kleine Waren- und Subsistenzproduktion. Die große Mehrheit der Menschheit ist im Kern immer noch proletarisiert, d.h. sie müssen sich ihren Lebensunterhalt durch die eine oder andere Form von Lohnarbeit verdienen. Die sich daraus ergebenden Klassenverhältnisse haben sich

jedoch verkompliziert. Dazu Werner Rügemeier: „Die Klasse der abhängig Beschäftigten ist so zersplittert wie noch nie. Mithilfe von Digitalisierung und KI wird die Arbeit in immer kleinere und kurzzeitigere Teile aufgelöst: Ergebnis sind Schein-Selbständigkeit, vertragsloses *crowd working* und *zero hour contract* (Arbeitsvertrag ohne feste Stundenzahl). So ist die Klasse der abhängig Beschäftigten ethnisch, geschlechtlich, religiös, kulturell, politisch zersplittert. Der Status reicht von illegaler und „unsichtbarer“ Prekarität über erzwungene Teilzeit, über den „Normalarbeitsplatz“ mit unbezahlten Überstunden, über Besserverdiener (Anwälte, Berater, Architekten, Ärzte, Ingenieure) bis hin zur privilegierten Verbeamtung und zum mehrfach hochbezahlten Manager...“ (newsletter, isw München)

Diese Vorurteile und Diskriminierungen werden heute auch unter dem Begriff Klassismus zusammengefasst und gegen den Marxschen Klassenbegriff in Stellung gebracht. Da diese Vorurteile und Diskriminierungen tatsächlich existieren, müssen sie analysiert und bekämpft werden. Dennoch bleibt für MarxistInnen die ökonomisch begründete Klassenanalyse entscheidend, denn nur sie vereinigt die große Mehrheit all derer, die davon betroffen sind.

Zum Thema Klassenkampf, Gewerkschaften und linke Politik schreibt Walter Busch-Huebenbeckers in seinem Artikel in diesem Reader.

Fazit

Soweit linke Politik auch marxistische Politik sein will, muss sie die aktuellen gesellschaftlichen Widersprüche analysieren und politische Lösungen aufzeigen. In Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise herrscht, stehen dabei die Eigentumsverhältnisse im Zentrum. Gleichzeitig muss linke Politik für Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen hier und heute kämpfen, auch wenn das im Erfolgsfall objektiv auch zu einer temporären Stabilisierung des Systems beitragen kann. Marx und Engels haben dazu notwendige wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse erarbeitet. Marxistische Politik muss z.B. dafür sorgen, dass die populäre Forderung nach einem „System Change“ als Überwindung des kapitalistischen Systems verstanden wird. Der schwierigste Teil ist zu vermitteln, wie sich die beiden Ansätze, aktuelle Verbesserungen und gesellschaftliche Perspektive ergänzen und verstärken.

Eher theoretischer Natur und für Deutschland nicht tagesaktuell, deshalb aber weder unwichtig noch uninteressant, sind weitere Fragen an linke Theorie und Politik, z.B.:

Waren die Gesellschaften in Russland (1917), in den realsozialistischen Staaten, in China, Vietnam, Kuba u.a. im Marxschen Sinne schon „reif“ für die „soziale Revolution“ bzw. kamen diese Revolutionen dort „zu früh“?

Die innere Dimension dieser Frage zielt auf die Entwicklung der Produktivkräfte und der Bewusstseinsformen; die äußere, globale Dimension betrifft die Tatsache, dass die jungen und (noch) schwachen sozialistischen Staaten (damals vor allem die Sowjetunion, heute China u.a.) den mächtigsten kapitalistisch-imperialistischen Ländern gegenüberstehen.

War bzw. ist die Neue ökonomische Politik (NEP, Lenin 1921) und ähnliche Versuche später in der DDR und anderen Ländern (die übrigens alle schon nach wenigen Jahren wegen „kapitalistischen Abweichungen“ abgebrochen wurden) bis hin zur Reform- und Öffnungs-

politik in China unter Deng Xiaoping (1978; die aber bis heute fortgeführt wird; ähnlich in Vietnam) ein Versuch, die Gesellschaft, insb. ihre Produktivkräfte, auf den Sozialismus vorzubereiten?

Welchen politökonomischen Charakter haben diese Versuche? War der „vorzeitige“ Abbruch in den realsozialistischen Ländern vielleicht auch eine Ursache für deren späteres Scheitern?

Lassen sich die gewaltigen Destruktivkräfte in den entwickelten westlichen Industriestaaten (Rüstungsindustrie, Umweltzerstörung, Rechtsentwicklung und Rassismus, Demokratieabbau, extremer Armut-Reichtum Gegensatz / Verelendung in und zwischen Ländern, usw.) auch so interpretieren, dass der Zeitpunkt für die soziale Revolution längst erreicht ist, dass ihn die revolutionären Kräfte aber nicht nutzen konnten und können?

Oder anders: Wie ist es dem Kapital bis heute gelungen, die soziale Revolution zu verhindern?

2.2 Gabi Faulhaber: Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!

Oder: Warum es entscheidend ist, sich mit aller Kraft für Frieden einzusetzen.

Die gesellschaftliche Linke und auch die Partei DIE LINKE. leiden unter Verwirrung. Soll man den Ukrainekrieg in einen geopolitischen Kontext stellen oder ist es jetzt entscheidend, dem russischen Aggressor entgegenzutreten? Soll man für oder gegen Waffenlieferungen an die Ukraine sein? Für oder gegen Verhandlungen? Und was heißt eigentlich Solidarität mit den Opfern des Krieges? Die Antworten gehen weit auseinander. Sie sind überwiegend gefühlsbetont und beschäftigen sich wenig mit einer Analyse der Interessen in der Weltpolitik. Auch dieser Text kann keine umfassende Analyse leisten. Aber einige wichtige Aspekte zur Beurteilung der Friedensfrage sollen zur Diskussion gestellt werden.

„Amerika first“ wird als Gefahr unterschätzt

„Amerika first“ darf nicht missverstanden werden: Es ist nicht nur ein Aufruf, die amerikanische Wirtschaft zu stärken, abgewanderte Industrie wieder ins Land zu holen und damit Arbeitsplätze für Amerikaner zu schaffen, im Land zu produzieren und amerikanischen Produkten den Vorzug zu geben. Es geht nicht allein um Isolation, geschlossene Grenzen, Protektionismus oder um eine Abschirmung der USA von der Weltpolitik.

Es ist viel mehr. Es ist eine Art nationale Entfesselung - jedoch über die Grenzen der USA hinaus. Eine globale amerikanische Entfesselung. Es geht darum, die USA als bestimmende ökonomische Weltmacht zu behaupten. US-Außenpolitik ist Teil der nationalen Wirtschaftsförderung. Handelsabkommen und Militärinterventionen werden nicht mehr vornehmlich im Kontext eines westlichen Bündnisses gesehen. Sie werden am Nutzen für die USA gemessen: Gegen das Erstarken anderer Wirtschaftsräume und gegen eine zunehmend multilateral gestaltete Welt. Mit *„Amerika first“* wollen die USA in der Welt frei agieren, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Diese Interessen sind inzwischen real gefährdet. Insbesondere China, aber auch die EU und ein engerer Zusammenschluss der BRICS-Staaten entwickeln ein ernst zu nehmendes Potential, die USA zu übertrumpfen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg betrug der Anteil der USA an der weltweiten Industrieproduktion 45 Prozent. Inzwischen sind es noch maximal 27 Prozent. Im Bereich des Maschinenbaus ist China mit 29 Prozent führend. Es folgen Deutschland und Japan mit je ungefähr 15 Prozent. Um den vierten Platz rivalisieren Italien und die USA mit je 7 Prozent. Den USA fehlt es an Ingenieuren. Nur 7 Prozent der Studenten werden zu Ingenieuren ausgebildet – in Russland immerhin 25 Prozent. Den Bedarf kompensieren die Amerikaner mit Fachkräften aus aller Welt. Die Hälfte der amerikanischen Wissenschaftler und Ingenieure kommen außerhalb der USA zur Welt – vor allem um Inder und Chinesen. Was, wenn China die Auswanderung seiner Studenten und Fachkräfte verbieten würde? Nicht nur zivile Hochtechnologie, auch die Waffenindustrie ist auf Ingenieure angewiesen.

Die US-Wirtschaft beruht inzwischen zu einem großen Teil nur noch auf fiktiven Werten. Ihren Wohlstand verdankt sie der Notenpresse. Da ist es von nationalem Interesse, die Konkurrenz auszuschalten. Somit ist ‚Amerika first‘ eine Kampfansage an die restliche Welt. Und die Rückerlangung von Amerikas Größe soll zu Lasten anderer gehen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Regierung Biden nicht von der Regierung Trump.

Dass hieraus eine besondere Gefahr für den Weltfrieden resultiert, dürfte offensichtlich sein!

Selbstverständlich muss auch analysiert werden, wie neben den USA auch die anderen Nationen ihre Interessen geltend machen und dadurch zur Destabilisierung beitragen. Doch die USA stellen derzeit die größte Gefahr für die Welt dar – nicht zuletzt, weil der abstürzende Gigant die mit Abstand größte Militärmacht ist.

Wir haben nicht unendlich Zeit

Imperialistische Interessenspolitik verzockt unsere Zukunft im geopolitischen Pokerspiel. Das brisanteste Feld ist das Klima.

Ein Leopard-2-Panzer verbraucht 340 Liter Treibstoff auf 100 Kilometer. Aber er ist nur so sparsam, wenn er auf einer ausgebauten Straße fährt. Im Gelände werden es leicht 530 Liter pro 100 km.

Die Aufzählung weiterer Umweltbelastungen durch Kriegsgerät erspare ich euch hier. Es ist mehr als deutlich, dass Klimaziele und Klimaschutz im Kriegstaumel abgesoffen sind.

Klimaveränderungen betreffen den gesamten Globus. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Wobei die Industrienationen des globalen Nordens viel mehr zur Zerstörung beitragen, als die ärmeren Länder des globalen Südens. Die Folgen aber betreffen den Süden in weitaus höherem Maße als die Industrienationen.

Daraus resultiert eine besondere Verantwortung der hochentwickelten Länder. Und klar ist: Global müssen alle Ressourcen genutzt werden, um Lösungen für die Klimakrise zu finden! Alle müssen wissenschaftliches Know-how entwickeln und einsetzen. Das kann kein Land alleine. Weil es um die Zukunft der Menschheit geht, können nur globale Anstrengungen die Lösung bringen. Weder Nationalismus noch Wirtschaftskriege, noch Blockbildungen taugen als Überlebensstrategien.

Der Klimawandel verstärkt die soziale Ungleichheit weltweit. Diejenigen mit den wenigsten Ressourcen – also besonders verarmte Bevölkerungsgruppen und historisch marginalisierte sowie unterdrückte Gruppen - sind besonders anfällig für Klimaschäden. Dieser Teufelskreis beeinflusst die Klimagerechtigkeit. Das bedeutet, dass Menschen, die bisher am wenigsten zu diesem Phänomen beigetragen haben, die größten Konsequenzen tragen.

Wir müssen alles versuchen, um Kriege zu verhindern, um alle Ressourcen für die Zukunft der Menschheit zu aktivieren.

Das schlimmste Szenario wäre eine auf Kriegswirtschaft zugespitzte Gesellschaft, in der alle vorhandenen Ressourcen für den Krieg aktiviert werden. Bei einer Kriegsbeteiligung Deutschlands wäre das ein realistisches Szenario: Sozialabbau, Raubbau an den Ressourcen, Ausbeutung und noch mehr Armut.

Hunger tolerieren? Gibt es Menschen mit unterschiedlichem Wert??

2014 erklärten die Vereinten Nationen in Rom feierlich, dass Hunger und Mangelernährung beseitigt werden sollen. Eine Welt ohne Hunger schien damals in greifbarer Nähe. Doch seit einigen Jahren ist Hunger wieder eine wachsende Bedrohung für sehr viele Menschen. Kinder sind als erstes von Hunger betroffen. Weltweit stirbt alle dreizehn Sekunden ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Hunger. 149 Millionen Kinder unter fünf Jahren zeigen Wachstumsverzögerungen - ein Indikator für chronische Unterernährung (<https://www.welthungerhilfe.de/glossar/begriff/unterernaehrung>).

Aktuell hungern bis zu 828 Millionen Menschen weltweit. Das ist besonders skandalös, wenn man bedenkt, dass wir weltweit für zwölf Milliarden Menschen Lebensmittel produzieren. Es handelt sich bei Hunger nicht um eine Krankheit, sondern um Politikversagen. Man könnte sogar sagen: Mord.

Durch Kriege und Wirtschaftskriege wird diese völlig inakzeptable Situation verschärft. Der Ukrainekrieg und der Wirtschaftskrieg der westlichen Welt gegen Russland und China hat Lieferketten unterbrochen, lenkt Getreidelieferungen um nach Europa statt nach Afrika, verschlechtert die Handelsbeziehungen und damit die Ernährungsgrundlage für Millionen von Menschen. Dazu kommen die Folgen der Klimaveränderungen: Dürre, Flutkatastrophen, Landverluste. Und noch direkte Kriegsfolgen in vielen Ländern, in denen USA und NATO Kriege führten und führen.

Das ist unstrittig: Krieg und Auswirkungen des Klimawandels werden Millionen Menschen zur Flucht zwingen. Was werden dann Menschenrechte wert sein? Schon die Auswirkungen des Klimawandels sind kaum zu bewältigen. Brauchen wir dazu auch noch Kriege?

Eine Linke, die Kriege auch nur in Erwägung zieht, ist keine Linke mehr

Die Probleme der Menschheit sind immens und lebensbedrohlich. Wenn wir es nicht schaffen, der Zerstörung in absehbarer Zeit Einhalt zu gebieten, wird höchstwahrscheinlich bald ein point of no return erreicht sein. Deshalb ist es keine Option linker Politik, jetzt über Siege und Waffen und Schuldige zu schwadronieren. Jetzt muss alle Kraft für Frieden und Klimaschutz mobilisiert werden!

2.3 Walter Busch-Huebenbecker: Für eine Linke mit Klassenkompass.

Zur Lage der Partei Die Linke verweise ich auf die Analyse „Gegen die Wand“ von Ekkehard Lieberam in der jungen Welt vom 28. 10. 2022. Ich gebe sie – wegen ihrer Klarheit und Schärfe – großteils hier wieder:

„Als systemoppositionelle Partei hatte sich Die Linke schon mit den Bundestagswahlen von 2021 verabschiedet. Den Wahlkampf hat sie als »Regierungspartei im Wartestand« geführt. Nur sehr abgeschwächt bezog sie noch Positionen gegen die NATO und den US-Imperialismus.

Der Erfurter Parteitag Ende Juni 2022 und die Zeit danach markieren eine deutliche Zäsur in der Geschichte der Partei. Ihre inhaltliche und personelle Anpassung an den Politikbetrieb nahm eine neue Qualität an. Die Linkspartei ist keine Wahlalternative zu den anderen Bundestagsparteien mehr. Sie ist allenfalls noch »das kleinere Übel«. Inhaltlich wurde in Erfurt scharf gegen Russland Kurs genommen. Außenpolitisch erfolgte somit eine fast vollständige Anpassung an die Ampelkoalition. Die Linkspartei hat die Kritik am US-Imperialismus und an der NATO im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg so gut wie eingestellt. Ihr Verständnis des sozialpolitischen Kampfes im »heißen Herbst« hat kaum noch Bezug zum Friedenskampf.

Der Parteitag negierte den Doppelcharakter bzw. die Janusköpfigkeit des Ukraine-Krieges. Dieser Krieg begann als Verteidigungskrieg der Ukraine gegen einen Angriff Russlands. Er wurde sehr schnell primär zum Stellvertreterkrieg von USA und NATO gegen die Russische Föderation »bis zum letzten Ukrainer«. Er eskaliert. Er steht zusehends für Kriegshysterie, Hochrüstung und Militarisierung der Außenpolitik in Deutschland. Er ist zum lange andauernden Abnutzungskrieg mit dem Ziel der Destabilisierung bzw. Zerschlagung Russlands und der Schwächung Chinas geworden. Es droht ein nuklearer Super-GAU.

All diese Aussagen sind kaum noch bei der Linkspartei zu finden. Sie werden oft sogar als »unvereinbar mit den Positionen des Erfurter Parteitages« hingestellt. Auch die Vorgeschichte dieses Krieges - die NATO-Osterweiterung und die Negation der Sicherheitsinteressen Russlands durch den »Westen« ist kein Thema mehr. Die Befürwortung der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und von Waffenlieferungen an die Ukraine durch Linkspolitiker ist seit Erfurt zur »legitimen Position« innerhalb der Partei im Rahmen der »Solidarität mit der Ukraine« geworden.

Der Niedergang der Linkspartei, der sich an den Wahlergebnissen in den Jahren 2021 und 2022 ablesen lässt, ist das Ergebnis einer längeren Entwicklung, die eng mit der politischen Wandlung von einer systemoppositionellen Partei zu einer Regierungspartei einherging und -geht. Damit schwand Vertrauen, und das ursprüngliche Wählerpotential der Linkspartei zerbröselte zusehends. Weil sie keine Wahlalternative mehr ist, wird sie von vielen auch nicht mehr als Wahlalternative gesehen.

Die Partei akzeptierte nach und nach alle wichtigen Aspekte bundesdeutscher Staatsräson. Sie veränderte ihr Politikverständnis von »linker Politik als Massenmobilisierung« hin zur »Gestaltung von Politik in Regierungsverantwortung«. Bereits in den Jahren 2017 bis 2019 verlor sie ihren Status als erste Adresse des wahlpolitischen Protestes. Diesen hat heute die Alternative für Deutschland (AfD) inne.

Nur noch eine kleine Minderheit der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter wählt die Linkspartei. Bei der Bundestagswahl 2009 hatten 18 % der »berufstätigen Arbeiter« und 25 % der Arbeitslosen für die Linkspartei gestimmt (2017: 10 und 11 %). 2021 waren es lediglich noch fünf und zwölf Prozent. Verluste von insgesamt etwa zwei Millionen Zweitstimmen brachten sie in die Nähe einer Kleinstpartei: 640.000 der Zweitstimmen gingen an die SPD, 480.000 an die Grünen, 320.000 an die Nichtwähler und 90.000 an die AfD.

Der Widerstand auf dem Parteitag gegen den außenpolitischen Kurswechsel kam in Erfurt am deutlichsten bei der Abstimmung über den von der Kommunistischen Plattform (KPF) initiierten und von der Strömung um Sahra Wagenknecht unterstützten »Ersetzungsantrag 3« zum Ausdruck. 42 Prozent der Delegierten stimmten für diesen Antrag und damit für einen Schulterschluss mit jenen, die den sozialpolitischen Kampf weiterhin mit dem Kampf gegen Hochrüstung und gegen eine russlandfeindliche Politik verbinden wollen.

Ansonsten gab es Protest gegen den Kurs des Erfurter Parteitages unter anderem vom Ältestenrat, von der KPF, vom Marxistischen Forum, von der Antikapitalistischen Linken (AKL) und der Populären Linken. Einige prominente Mitglieder wie Fabio De Masi und Harri Grünberg traten aus der Partei aus. Christa Luft war bereits Anfang Januar 2022 und Oskar Lafontaine im März ausgetreten. Andere Linke – wie auch ich – sehen nach wie vor Möglichkeiten, Die Linke zumindest als »Operationsbasis für linke Politik« (so Wolfgang Abendroth einst mit Blick auf seine Mitgliedschaft in der SPD) zu nutzen.

Die Proteste vor und nach dem Erfurter Parteitag erreichten allerdings längst nicht die Qualität des Widerstands gegen den Kurswechsel der PDS in den Jahren 1995 und 2002ff. Damals konnte man von einem linken Flügel in der Partei sprechen. Das kann man heute nicht. Und noch ein zweites Merkmal fehlt heute im Unterschied zur Endphase der PDS: eine außerparlamentarische Massenbewegung, die die Partei nach links drängt.

Die Affäre um die Rede von Sahra Wagenknecht im Bundestag hat deutlich gemacht, wie es um Zustimmung und Ablehnung der »Linie« von Erfurt in der Partei und unter Linken bestellt ist. Wagenknecht hatte am 5. September 2022 eine kraftvolle Rede im Bundestag zum »Wirtschaftskrieg« gegen Russland gehalten. Sie hatte kritisiert, dass die »fatalen Wirtschaftssanktionen« gegen Russland »Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen«. Vertreter der Leitmedien und die rechte Mehrheit in der Führung der Linkspartei waren sich einig: Die Rede müsse als »politischer Eklat« gebrandmarkt werden. Acht Bundestagsabgeordnete und vier Landtagsabgeordnete aus Sachsen und Thüringen forderten den Ausschluss Sahra Wagenknechts aus der Bundestagsfraktion bzw. aus der Partei,

wozu es dann aber nicht kam. Unübersehbar war: Der Kurs von Erfurt richtet sich gegen jede ernsthafte linke Oppositionspolitik. Eine Zerreißprobe schien unabwendbar.

Mit der Widerstandsbewegung gegen die »Agenda 2010«, der Gründung der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Konstituierung der Linkspartei wurde daraus in den Jahren 2005 ff. eine linke gesamtdeutsche Partei mit Masseneinfluss und beachtlichem Wirkungsgrad auch in den Gewerkschaften. Bei den Bundestagswahlen 2009 erhielt sie mit 5.155.933 Zweitstimmen immerhin mehr als die Hälfte der Stimmen, die die SPD auf sich vereinen konnte (9.990.488).

Weder PDS noch Die Linke waren jemals marxistische Parteien, vertraten jedoch in ihren Programmen im Zusammenhang mit der Eigentums- und Machtfrage einige wichtige marxistische Grundsätze. In beiden Parteien erlangten nach wenigen Jahren die Regierungslinken, also diejenigen, die diese Grundsätze abschaffen wollten, die Oberhand. Das dauerte bei beiden Parteien etwa fünf Jahre. Dann folgte die sukzessive Einordnung in den Politikbetrieb – ideologisch und politisch. Begleitet wurde dies vom wahlpolitischen Niedergang. Mit »Erfurt« bekam beides eine neue Qualität.

Die Frage, wie denn eine Klassenpartei der Lohnarbeiter mit Masseneinfluss beschaffen sein muss, die dauerhaft der Integration durch Parlamentarismus und Parteienstaat zu widerstehen vermag, muss gerade deswegen gründlich diskutiert und zum Teil wohl auch neu beantwortet werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Auswertung von entsprechenden Erkenntnissen in anderen kapitalistischen Ländern. So besagen die Erfahrungen der erfolgreichen marxistischen Partei der Arbeit Belgiens, dass der systemoppositionelle Charakter einer linken Partei marxistische Prinzipientreue und eine enge Verbindung zur Lohnarbeiterklasse ebenso verlangt wie die Wahrnehmung sozialer Aufgaben im Interesse der Prekarierten aller subalternen Klassen. Zumindest in einem Punkt kann man dabei auch von der Kommunistischen Partei Österreichs in Graz lernen, deren Mitglieder im Falle der Übernahme von staatlichen Ämtern das Gehalt eines Facharbeiters erhalten und der darüberhinausgehende Teil in einen Sozialfonds fließt.“

Wir dürfen uns nicht abspeisen lassen!

Das Grundgesetz der BRD als demokratischer und sozialer Bundesstaat gesteht allen Bürgern das Recht auf freie Entfaltung, körperliche Unversehrtheit und freie Arbeitsplatzwahl zu. Das von Hartz IV in Bürgergeld umbenannte Sanktionsregime gegenüber Arbeitslosen verletzt diese Grundrechte. Zu fordern ist daher eine angemessene Arbeitslosenversicherung, ein effektives Arbeitsrecht und ausreichende soziale Grundsicherung. Ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ hingegen lehne ich als illusorisch und vereinzelt ab. Stattdessen bedarf es umfassender Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und den Wohlfahrtsstaat. Das stärkt die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Weder vermeintliche Chancengleichheit und Diversität im Neoliberalismus noch konservative Law&Order-Politik schützen vor einem Leben in Armut und Angst.

Die Bedeutung der Arbeit muss in unserer Partei wieder stärker diskutiert und vor allem praktisch erstritten werden. Hierzu haben Ulrike Eifler, Susanne Ferschl und Jan Richter einen klugen Debattenbeitrag mit dem Titel „DIE LINKE braucht einen Klassenkompass“ veröffentlicht. Wegen seiner klassenanalytischen Tiefe und direkten Problematisierung gebe ich ihn hier in großen Teilen wieder:

„Die fehlende Orientierung auf die Welt der Arbeit ist zum größten Defizit der Partei geworden. Denn wer die Welt des Kapitals schwächen will, muss die Welt der Arbeit stärken. Abhängig Beschäftigte sind eben nicht eine beliebige Zielgruppe unter vielen, sondern zentraler Akteur im Konflikt zwischen den Klassen. Doch während Gewerkschaften für Millionen von Beschäftigten einen Schutzraum bieten, der verhindert, dass sie in diesem Konflikt an die Wand gedrückt werden, ist der Blick der Partei DIE LINKE auf die Gewerkschaften viel zu häufig durch die Benennung von Defiziten geprägt. Ohne Zweifel müssen Gewerkschaften und linke Parteien ein kritisch-solidarisches Verhältnis zueinander entwickeln. Ohne regelmäßige Zusammenarbeit wirkt die Kritik der Partei an den Gewerkschaften aber schnell überheblich und ignorant gegenüber den Anliegen der Kolleginnen und Kollegen. Der Partei fehlt ein gemeinsamer Blick dafür, dass sozialer Fortschritt auch historisch nie durch lupenreine Beschlüsse zustande kam, sondern immer gemeinsam erkämpft werden musste. Bei allen Widersprüchen – die Arbeit linker Parteien in und mit Gewerkschaften ist und bleibt zentral.

Die Welt der Arbeit als Bezugspunkt linker Politik, wie es noch 2007 zur Gründung der Partei der Fall gewesen war, wurde über die Jahre in den Hintergrund gerückt. Mit dem Konzept der verbindenden Klassenpolitik, das als Bereicherung für die Klassendebatte in der Partei gedacht war, wurden Klassenwidersprüche eher verwischt als geschärft. Nicht selten wurden antirassistische, feministische und sogar ökologische Kämpfe völlig beliebig als verbindende Klassenkämpfe eingeordnet. Dass das Interesse an bezahlbarem Wohnraum oder einer wirksamen CO₂-Reduktion bis weit in die Mitgliedschaft der Gewerkschaften hineinreicht, ist unbestritten, aber das macht diese Bewegungen noch lange nicht zu Klassenkämpfen.

Dabei wäre es auch im Hinblick auf programmatische Streitigkeiten hilfreich gewesen, gesellschaftliche Debatten stärker durch die Brille der abhängig Beschäftigten zu betrachten. Nicht ohne Grund existierte in der Arbeiterbewegung die Tradition des proletarischen Feminismus. Sie grenzte sich vom bürgerlichen Feminismus ab, weil die Hausmädchen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Acht-Stunden-Tag forderten, ein anderes Interesse hatten als ihre Arbeitgeberinnen. Ähnlich verhält es sich heute mit LGBTIQ-Themen, mit Fragen von Rassismus oder Homophobie. Sie werden häufig auf einer rein moralischen Ebene und ohne Klassenbezug diskutiert. Die feministische Forderung nach einer Frauenquote in Aufsichtsräten taucht in diesen Debatten dann ebenso gleichberechtigt auf wie die Reduzierung von Ladenschlusszeiten, ein Verbot von Nachtarbeit für alleinerziehende Mütter oder ein flächendeckender Ausbau von Kindergartenplätzen. Anstatt deutlich zu machen, dass Rassismus, Sexismus und Homophobie Gift für die

Solidarität in der Klasse sind, beschränkt sich auch DIE LINKE auf einen recht allgemeinen libertären Diskurs. Gepaart mit moralischer Erhebung befördert dieser einen längst fortgeschrittenen Entfremdungsprozess zwischen Partei und Klasse. Nicht alle Kolleginnen und Kollegen mögen lupenreine Feministen oder Antirassisten sein. Politische Interessenvertretung setzt jedoch Diskussionen auf Augenhöhe voraus.

Fehlender Klassenkompass und Klassencharakter

Es ist falsch zu behaupten, DIE LINKE kümmere sich nicht mehr oder zu wenig um die soziale Frage. Richtig ist: DIE LINKE hat ihren Klassenkompass beim Betrachten gesellschaftlicher Entwicklungen verloren. Es war immer die Stärke sozialistischer Parteien, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse auf der Basis ökonomischer Zusammenhänge zu analysieren. DIE LINKE aber streitet über die Höhe von Alimentierungen, statt notwendige strukturelle Veränderungen in den Blick zu nehmen. Einen Klassenkompass zu haben bedeutet, auch den Stolz und die Stärke der abhängig Beschäftigten zu sehen, ihnen bei der Durchsetzung ihrer Interessen eine subjektive Rolle zuzugestehen, die Klasse nicht auf ein heroisches Treppchen zu heben, sondern ihre Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen. Und er bedeutet letztendlich auch, über die Rolle nachzudenken, die eine linke, sozialistische, aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommende Partei hat: nämlich nicht für die Klasse zu kämpfen, sondern sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen gemeinsam durchzusetzen.

Doch stattdessen finden sich die politischen Themen in ihrer ganzen Bandbreite gleichberechtigt in der Partei wieder. Das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung ist dabei die Partei, nicht die Klasse. Und weil die Partei immer schwächer wird und das Ziel gesellschaftlicher Veränderung in immer weitere Ferne rückt, entbrennt umso rücksichtsloser ein erbitterter Streit um die richtige Programmatik. Doch die Frage ist nicht, ob Sahra Wagenknecht, Klaus Ernst oder Bernd Riexinger recht haben. Die Frage sollte vielmehr sein: Wie hält es DIE LINKE mit der Klasse? Die aktuelle Diskussion über den Krieg in Osteuropa und wie DIE LINKE darauf reagieren müsse, zeigt überdeutlich: Eine falsche Klassenanalyse führt zu einer falschen Politik. Ein nur moralischer Blick auf den Krieg und das entsetzliche Leid der Menschen in der Ukraine, der die aktuelle Verschiebung geostrategischer Bündnisse ausblendet, führt zu unterkomplexen Antworten. Denn die Sanktionspolitik der Bundesregierung hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Der heftig geführte Meinungsstreit in der Partei um die Sanktionspolitik zeigt daher auch, fehlende Klassenverankerung kann in zugespitzten gesellschaftlichen Krisensituationen dazu führen, dass linke Parteien sich von der Klasse entfernen.

Was bleibt?

Ob die Partei Die Linke sich konsolidieren und den Platz links von der SPD ausfüllen kann, ist ungewiss. Gewiss ist aber, dass die Partei Die Linke es ohne eine stärkere Orientierung auf die Welt der Arbeit, auf die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nicht schaffen wird, das strategische Dilemma, in dem sie steckt, zu lösen. Denn es reicht eben nicht, auf Parteitagen vegane Ernährung anzubieten und plastikfreies Merchandising zu beschließen.

Es braucht vor allem eine Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und eine genaue Vorstellung von der eigenen Rolle in der aktuellen Krisensituation. Diese ist komplex, und eine linke Partei in orkanähnlichen Stürmen neu aufzurichten, bedarf einer großen Kraftanstrengung. Wichtig wäre es daher, sich dieser Kraftanstrengung ebenso bewusst zu sein, wie das Risiko ernst zu nehmen, dass die Existenz der Partei die Linke in diesem Prozess auch verspielt werden kann. Deshalb muss die Parteiführung zügig den Strategieprozess einleiten, der lange verschleppt wurde. Es wäre tatsächlich ein Strategieprozess, der angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen unter widrigsten Bedingungen stattfinden würde. Gerade deshalb muss er von der Parteiführung auch so organisiert sein, dass er alle Teile der Partei mitnimmt. Findet die Partei Die Linke nicht bald ihren Klassenkompass zurück, steht es schlecht um ihre Zukunft.“

In dieser Situation aufzugeben, wäre falsch. Der Niedergang unserer hart erarbeiteten Partei Die Linke muss gestoppt werden. Der Kriegspolitik, dem Sozialverrat und dem Konformismus muss der Kampf angesagt werden!

Versammeln wir all jene, denen klare Friedenspolitik und aufrichtige Sozial- und Wirtschaftspolitik noch am Herzen liegen. Organisieren wir in unserer Partei die Genossinnen und Genossen für eine Politik des Klassenkompasses. Gehen wir als Linke weiter auf die Straße, an die Infostände, um mit klarem Klassenstandpunkt die arbeitende Bevölkerung zu gewinnen. Helfen wir einander und den Abgehängten mit Solidarität und Beratung. Wir sind DIE LINKE, wie sie im Erfurter Programm steht. Für eine Klassenorientierte Partei! Für Frieden, soziale Sicherheit und Demokratie.

2.4 Lutz Getzschmann: Friedenspolitische Bankrotterklärung

Die Transformation der Partei DIE LINKE. von einer sozialistischen und antiimperialistischen Klassenpartei zum linksliberalen Abbruchunternehmen

Wir müssen uns grundlegende Gedanken über Die Linke machen. Wesentliche Kräfte ihrer Führung bauen sie um – von einer teils sozialdemokratischen, teils sozialistischen Partei in eine linksliberale, inhaltlich völlig entkernte und beliebige Funktionärspartei. Der Opportunismus wesentlicher Kräfte auf der Führungsebene – vom Parteivorstand, zahlreichen Landesvorständen, entsprechenden Fraktionen und Hauptamtlichen bis herunter zur Kreisebene – in Bezug auf die Kriegsfrage ist schwer erträglich.

Die Führungsschicht blendet die Ursachen des Ukrainekrieges aus – ja, es gab eine Vorgeschichte! – und mit ihnen die innerimperialistischen Widersprüche des Konflikts. Vordergründig scharft sie sich um eine clever konstruierte integrative Mittelposition zwischen Wagenknecht-Anhängern und Ramelow. Doch letztlich bezieht sie Position für die westlichen imperialistischen Mächte. Sie ist so ideologisch selber Anhängsel einer Kriegspartei.

Über das Regime in Russland muss man sich keine Illusionen machen. Doch es ist die NATO, die auf diesen Krieg systematisch zugesteuert hat: Mit der NATO-Expansion in Osteuropa seit 1997, dem prowestlichen Maidan-Putsch in der Ukraine 2014, den folgenden Gewaltexzessen gegen Linke und Angehörige der russischsprachigen Bevölkerung in der Ostukraine, dem Bürgerkrieg im Donbass mit rund 14.000 Toten, der Integration faschistischer Gruppen in den ukrainischen Sicherheitsapparat und der Aufrüstung der ukrainischen Armee durch Milliarden-Subventionen der US-Regierung.

Die westlichen Mächte – insbesondere die USA, im Schlepptau die EU-Führungsmächte Deutschland und Frankreich – konkurrieren dabei miteinander. Spätestens seit 2008 war klar, dass JEDE russische Regierung das Überschreiten bestimmter roter Linien militärisch beantworten würde. Bürgerliche Politiker wie Kissinger und Dohnanyi haben seit mindestens 10 Jahren vor diesem Va-Banque-Spiel gewarnt - natürlich in erster Linie im Interesse der friedlichen kapitalistischen Durchdringung der russischen Märkte. Man muss sich die Logik geostrategischer Interessen und ihrer Durchsetzung in der bürgerlichen Staatenwelt nicht zu eigen machen, aber zur Kenntnis nehmen muss man sie schon, um das Handeln von Großmächten etwas besser zu verstehen. Wenn man realisiert, dass die Ukraine für Russland in etwa die gleiche strategische Bedeutung hat wie der karibische Raum für die USA, kommt man schnell darauf, dass der Versuch, dieses Land aus der russischen Einflusszone herauszulösen und der US-/EU-Einflusszone einzuverleiben zu einem massiven, auch militärischen, Konflikt führt. Natürlich wird keine russische Regierung es hinnehmen, dass mit der im November 2021 in der von den Regierungen der USA und der Ukraine beschlossenen "Charta der gemeinsamen Sicherheit" avisierten Stationierung US-amerikanischer Raketenbasen in der Ukraine die Vorwarnzeit vor einem militärischen Enthauptungsschlag in Moskau auf drei Minuten reduziert wird. Das bedeutet nicht, die Motive der russischen Führung zu billigen, sondern eine kritische Distanz zur medial

allgegenwärtigen Kriegspropaganda zu wahren und die Parteinahme für die westlichen politischen, ökonomischen und geostrategischen Interessen zu verweigern.

Auch die Verwandlung der Ukraine in eine völlig von US-amerikanischen Investoren und Hedgefonds abhängige Halbkolonie wird hierzulande systematisch ausgeblendet. Das Aufkaufen von rund einem Drittel der Agrarfläche des Landes; der Umbau der Wirtschaft mit Ausrichtung auf westeuropäische Märkte nach Zuliefererindustrien mit extrem niedrigen Löhnen; das nahezu komplett deregulierte Arbeitsrecht; die marginalisierten Gewerkschaften und die weitgehende Entrechtung der Lohnabhängigen in der Ukraine haben Spuren hinterlassen. 2015 lag der gesetzliche Mindestlohn bei umgerechnet 0,34 Euro, heute bei 1,21 Euro.

Linke wie Gysi und Gehrcke haben, neben den oben genannten bürgerlichen Stimmen, spätestens seit 2014 das sich entwickelnde Szenario benannt und scharf kritisiert. Und nachdem genau das eingetreten ist, wovon Viele seit langem gewarnt haben, stellt die Mehrheit der Partei DIE LINKE. und ein Großteil ihrer Parteiführung sich systematisch unwissend und kommt über eine moralische Verurteilung der russischen Invasion seit dem 24.2.2022 nicht hinaus. Einerseits flankiert sie die westlichen Kriegsanstrengungen, indem sie die Folgen des Wirtschaftskrieges für die lohnabhängige Bevölkerung in Deutschland gerne sozial abfedern möchte. Andererseits negiert sie vor dem Hintergrund des hierzulande größten Verarmungsprogramms der letzten Jahrzehnte jeden Zusammenhang zwischen Krieg, Sanktionen und Inflation in den von ihnen organisierten oder mitbeeinflussten Sozialprotesten. Auch vermeintlich linkere und bewegungsorientierte Kräfte innerhalb der Partei sind teilweise auf diese Linie eingeschwenkt und haben im Herbst und Winter Inflationsproteste organisiert, die den Zusammenhang zwischen Preissteigerungen und Reallohnverlusten auf der einen Seite sowie der Eskalations- und Sanktionspolitik der deutschen Regierung auf der anderen Seite komplett aussparen. Genau diesen Zusammenhang zur Grundlage der eigenen Mobilisierung auf der Straße zu machen, wäre aber die grundlegende Aufgabe der Linken gewesen. Die Hauptaufgabe der deutschen Linken kann es in dieser Situation nicht sein, die russische Antikriegsbewegung zu stärken - das wäre die Aufgabe der russischen Linken - sondern den eigenen Imperialisten in den Arm zu fallen. Im Wesentlichen waren und sind es die politisch viel enger angelegten "Heizung, Brot und Frieden"-Bündnisse in einigen Städten, die diese Aufgabe wahrnehmen - weitgehend ohne Beteiligung der Partei DIE LINKE..

Eine nüchterne und kritische Infragestellung der imperialistischen Interessenkonflikte. Insbesondere der USA und ihrer Juniorpartner in der EU, findet im vorherrschenden Diskurs dieser Partei nicht mehr statt. Ersetzt wird sie durch eine hysterische Emotionalisierung von Politik, die jegliche rationale Debatte vereitelt. Ausgehend von diesem Tunnelblick, verabschiedeten sich wesentliche Teile der Partei DIE LINKE. von ihren bisherigen friedenspolitischen Grundsätzen und wandeln sich rasant zu kritischen Unterstützer:innen des US-Imperialismus und der auf pragmatischere Methoden westlicher Dominanz setzenden Politik des deutschen Imperialismus. Bizarr, dass die Protagonisten der Partei im Zusammenhang mit Russland und inhaltlich auf gleicher Linie wie Scholz und Habeck ausgerechnet den Imperialismusbegriff wiederentdecken, der in den innerparteilichen Diskussionen schon lange keine Rolle mehr gespielt hat.

Und so demonstrieren PDL-Politiker:innen auf Bundes- und Länderebene vor russischen Konsulaten und fordern den russischen Rückzug und Reparationen. Das würde angesichts der militärischen Lage nach einem Jahr Krieg de facto die Forderung nach einer russischen Kapitulation und damit die Fortsetzung des Krieges bedeuten. Sie propagieren im gleichen Atemzug das Durchbrechen der militärischen Eskalationslogik. Selbstverständlich würde Russland als Vorbedingung für Friedensverhandlungen niemals einen Rückzug aus dem seit neun Jahren umkämpften Donbass akzeptieren, sodass eine solche Forderung die Aufnahme ernsthafter Verhandlungen von vornherein ausschließen würde. Zumal diejenigen, die solche Forderungen stellen nie konkretisieren, welche Territorien die russische Seite ihrer Ansicht nach preisgeben müsste. Nur die Oblaste Donetsk und Lugansk? Von diesen nur die im Laufe der letzten 12 Monate eroberten Gebiete oder auch die beiden mittlerweile als Föderationssubjekte in die Russische Föderation aufgenommenen "Volksrepubliken"? Auch das Gebiet um Mariupol, das für Russland existenziell ist, um mit dem Nord-Krim-Kanal die Wasserversorgung der Krim sicherzustellen? Oder sollen die russischen Truppen auch die Halbinsel Krim räumen, die bereits 2014 in einer Volksabstimmung für die Zugehörigkeit zu Russland votiert hat? Wie weitgehend haben diese "Linken" die hohlen Phrasen von der "völkerrechtlichen Integrität" der Ukraine bereits verinnerlicht? Unabhängig von der Beantwortung dieser Fragen übersetzt sich die Haltung der Parteiführung letztlich folgendermaßen: Man möchte, dass der westliche Satellitenstaat Ukraine (und mehr ist dieser Staat in der Realität spätestens jetzt nicht mehr) den Krieg gewinnt, lehnt aber zur Beruhigung der murrenden traditionslinken Teile der Parteibasis Panzerlieferungen ab, wissend, dass man über diese Waffenlieferungen eh nicht mitzuentcheiden hat. Eine kohärente und glaubwürdige politische Haltung ist das natürlich nicht, aber es geht ja auch in erster Linie darum, die Partei zusammenzuhalten und größere Austrittswellen oder gar Abspaltungen zu verhindern.

Die gleichen Leute, insbesondere der noch vor wenigen Jahren als bewegungslinks etikettierte Flügel – der jungen smarten szenekompatiblen Führungskräfte aus dem akademischen Nachwuchs – beteiligt sich an der von nahezu allen bürgerlichen Medien entfachten Kampagne, Kräfte der Friedensbewegung und auch aus der eigenen Partei, die diese opportunistische Politik nicht mitmachen wollen, als "Putinknechte", "Friedensschwurbler", "Lumpenpazifisten", "rechtsoffen", "Querfront" etc. zu denunzieren und quasi zum Abschluss freizugeben.

Ich habe eigentlich immer deutlich gemacht, dass ich die ordoliberalen und latent zu nationaler Borniertheit tendierende Haltung einer Sahra Wagenknecht in zahlreichen Aspekten für falsch halte. Ich habe sie für ihre Position in der Flüchtlingsfrage und ihre Gleichgültigkeit gegenüber antirassistischen Bewegungen kritisiert, habe ihren parlamentsfixierten und bewegungsfernen Politikstil kritisiert. Daran halte ich auch nach wie vor fest. Man kann es auch für ein Unglück halten, dass die innerparteiliche linke Opposition sich heute zumindest symbolisch (wenn auch kaum praktisch organisatorisch) ausgerechnet um Sahra Wagenknecht gruppiert. Aber Tatsache ist auch, dass genau diese Sahra Wagenknecht und die sich um sie scharende Parteilinke in der Friedensfrage stabil geblieben sind, sich der um sich greifenden Verblödung entgegenstellen und genau deshalb jetzt angegriffen werden. Tatsache ist auch, dass die Genoss:innen, die jetzt schrittweise aus der Partei hinaus-

gedrängt werden, noch vor zehn Jahren den Kern, das marxistische (oder zumindest marxistisch inspirierte) Zentrum der Partei gebildet haben. Mit ihnen geht ein erheblicher Teil der inhaltlichen Substanz der Partei. Was bleibt, ist die seit Jahren immer mehr zu beobachtende Beliebigkeit, die sich in Phrasen wie "moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei" erschöpft und gelegentlich mit der Ankündigung verbunden ist, "die Eigentumsfrage" stellen zu wollen, aber natürlich ohne die Beteiligung an vier Landesregierungen zu gefährden. Das Ganze spielt sich ab vor dem Hintergrund einer Professionalisierung des aktiven Kerns, der unter anderem beinhaltet, dass rund 75 Prozent der Delegierten zum Bundesparteitag heute Abgeordnete und Hauptamtliche sind, die auch in den Landesvorständen weitgehend dominieren. Die Partei ist also völlig aufgesogen vom bürgerlichen Politikbetrieb.

Die neueste Posse, das Herumeiern der Parteiführung um das Wagenknecht/Schwarzer-Manifest und den Aufruf zur Friedenskundgebung am 25.2., unterstreicht dieses ganze Elend in schmerzhafter Weise. Das Manifest ist ein recht schwacher Text, in dem allerlei Dinge ausgeklammert werden, um eine breite Basis in der Bevölkerung und eine Brücke zu bürgerlichen Kriegsgegner:innen zu finden. Die Initiator:innen betreiben letztlich klassische Volksfrontpolitik, allerdings ohne die dereinst diese unterfütternde Organisationsmacht der Arbeiterparteien. Dabei handelt es sich um eine Politik, die sozialistische und kommunistische Parteien in wechselnden Kontexten seit den 1930er Jahren immer wieder betrieben haben - mit meist recht durchwachsenen Ergebnissen und oft mit opportunistischer Schlagseite gegenüber den "fortschrittlichen" oder "antimonopolistischen" Teilen des Kleinbürgertums. Man kann diese Politik der breiten Bündnisse bis hinein ins Bürgertum kritisieren und es gibt eine lange Traditionslinie marxistischer politischer Strömungen in der Arbeiter:innenbewegung, die diese Taktik der etablierten kommunistischen Parteien hinterfragt haben. Aber Wagenknecht/Schwarzer schlagen tatsächlich eine Brücke zu jenen bürgerlichen Kräften, die die von den Transatlantikern vorangetriebene Eskalation bis hin zu einem möglichen Dritten Weltkrieg mit Unbehagen und Angst verfolgen. Bisher 700.000 Unterschriften für das Manifest und rund 50.000 Demonstrant:innen vor dem Brandenburger Tor sprechen da eine klare Sprache.

Damit hätte eine Linke mit Restverstand arbeiten können und müssen, um der massiven Kriegspropaganda in den Medien und der Regierungspolitik etwas entgegenzusetzen. Voraussetzung dafür wäre, dass zum einen die eigene Antikriegsposition authentisch ist und man zum anderen bereit wäre, der zu erwartenden Hetzkampagne aufrecht und mit offenem Visier zu begegnen. Der Parteivorstand und die meisten Landesvorstände der Partei DIE LINKE haben sich bewusst dagegen entschieden und stattdessen diese Initiative unter fadenscheinigen Vorwänden als "rechtsoffen" denunziert.. Wer eine faschistische Mobilisierung zu einer solchen Kundgebung verhindern will, muss selber aktiv dorthin mobilisieren, um die Kräfteverhältnisse auf der Straße zu beeinflussen. Alle Möglichkeiten wieder in die Offensive zu kommen, sind ausgeschlagen worden. Nachdem sich herausgestellt hat, dass es nicht die AfD und andere rechte Kräfte waren, die bei der Kundgebung dominierten (sie waren in Wirklichkeit kaum vorhanden), sondern linke und friedensbewegte Gruppen, versucht man jetzt, die Mobilisierung kleinzureden und übernimmt die völlig unglaubwürdigen Teilnehmerzahlen der Polizei. Der Ton, der bei

diesen und ähnlichen Konflikten in letzter Zeit vermehrt angeschlagen wird, ist derart toxisch, dass wohl davon auszugehen ist, dass man sich in erster Linie der Kräfte zu entledigen sucht, die jahrzehntelang in der Friedensbewegung, in Strukturen der Gewerkschaftslinken, in der Partei und in sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle gespielt haben und nun an den Rand gedrängt werden sollen.

Innerparteilich ist hier tatsächlich eine Scheidelinie erreicht, die auch in der Zukunft wohl kaum verwischt werden kann. Ob es zu einer kohärenten und politisch wie organisatorisch tragfähigen Abspaltung kommen wird, ist völlig offen und wird sich voraussichtlich im Laufe dieses Jahres entscheiden. Innerlich ist die Spaltung jedoch längst vorhanden. Traurig im Jahr 2023 sagen zu müssen: Sozialist:innen und Kommunist:innen haben in Deutschland derzeit, jenseits kleiner Gruppen mit marginalem Einfluss, keine Partei mehr.

Lutz Getzschmann ist Stadtverordneter der Partei Die Linke in Kassel und Mitglied des Karl-Liebkecht-Kreises Kassel.

2.5 Naisan Raji: Im Auftrag der Rüstungsindustrie?

Redebeitrag auf einer Protestkundgebung anlässlich der Veranstaltung „Zeitenwende“ der Uni Gießen mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, 19.12.2022

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat sich seit Eintritt in die internationale Phase des Ukrainekriegs – der bewaffnete Konflikt selbst besteht ja bereits seit 2014 – als besonders offensive Verfechterin von Waffenlieferungen an die Ukraine hervorgerufen.

In der Diskussion, wie man das Leiden der ukrainischen Bevölkerung beenden kann, ist ihre wichtigste Antwort: Die Ukraine braucht schweres Gerät! Für diejenigen, die Waffenlieferungen als eine Fortsetzung der Kriegslogik und als weitere Eskalation dieses Krieges ansehen, für all diejenigen hat sie bisher nur Hohn übriggehabt. Ihnen wirft sie vor, nicht an der Seite der Ukrainer zu stehen. Die Ansicht von Frau Strack-Zimmermann, nur Waffen würden den Ukrainern helfen und nicht etwa diplomatische Bemühungen, hat einen sehr bitteren Beigeschmack angesichts ihrer Mitgliedschaften in verschiedenen Lobbyorganisationen der Rüstungsindustrie.

Sie ist Präsidiumsmitglied im „Förderkreis Deutsches Heer e.V.“^[1], einem Lobbyverband der Waffenschmieden Rheinmetall, Krauss-Maffei-Wegmann und weiterer Rüstungskonzerne. Außerdem ist sie Präsidiumsmitglied des Vereins „Deutsche Wehrtechnische Gesellschaft e.V.“, einem weiteren Lobbyverband der Rüstungsindustrie, der eng kooperiert mit Thyssen-Krupp, Rheinmetall und Krauss-Maffei-Wegmann sowie ausländischen Waffenschmieden. Des Weiteren ist sie Vorstandsmitglied der „Deutschen Atlantischen Gesellschaft“ - einem Lobbyverein der NATO.

Zu diesen Funktionen hat Frau Strack-Zimmermann sich auch schon selbst geäußert und weist Vorwürfe von Lobbytätigkeiten für die Rüstungsindustrie weit von sich. Sie sei schließlich Verteidigungspolitikerin und da gehöre es zum Job, dass man sich auch mit Rüstungskonzernen an einen Tisch setzt^[2].

Ich finde, liebe Mitstreiter, als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag muss sich Frau Strack-Zimmermann schon die Frage nach den Verbindungen stellen lassen, wenn sie seit Monaten medienwirksam für immer mehr und immer schwerere Waffenlieferungen in die Ukraine wirbt. Solche Forderungen versprechen der deutschen Rüstungsindustrie schließlich ein goldenes Geschäft. Die Rüstungsmilliarden, die dieses Jahr bereits von den Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP, aber auch von AfD und CDU als angeblicher Opposition, locker gemacht wurden, scheinen ihr nicht auszureichen. Anstatt Verteidigungspolitik nur als Aufrüstung zu verstehen, erwarten viele Bürger dieses Staates, dass Deutschland gar nicht erst in die Lage gebracht wird als Schlachtfeld für einen großen Krieg herzuhalten.

Frau Strack-Zimmermann hat sich im November 2022 selbst diskreditiert, als Raketen auf polnisches Territorium an der Grenze zur Ukraine einschlugen und tragischerweise zwei Menschen töteten. Frau Strack-Zimmermann suggerierte damals, dass es sich um russische Raketen handeln würde^[3], während sogar das US-Außenministerium Vorsicht bei seiner

Einschätzung walten ließ. Hätte Russland NATO-Territorium beschossen, hätte dies die direkte Konfrontation zwischen NATO und Russland bedeutet. Am nächsten Morgen zeigte sich: Es handelte sich um Luftabwehrraketen, die von der Ukraine abgefeuert wurden. Dieses Beispiel zeigt, wie schnell man einem Flächenbrand nahekommt. Solche Schnellschüsse von Regierungsvertretern machen einem wirklich Angst und Bange.

Liebe Mitstreiter, Frau Strack-Zimmermann ist neben ihren vehementen Forderungen nach militärischer „Hilfe“ an die Ukraine, auch eine offensive Verfechterin eines explizit aggressiven Vorgehens gegen Russland. Das Ziel des russischen Präsidenten Putin, so Frau Strack-Zimmermann, sei es, die Ukraine von der Landkarte zu streichen^[4]. Sie spart dabei auch nicht, und das finde ich wirklich besonders grässlich, mit Hitlervergleichen. Im Mai vorigen Jahres, kurz nach dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und dem Ende des zweiten Weltkrieges, an dem die damalige Sowjetunion, den höchsten Blutzoll zu tragen hatte, sprach Strack-Zimmermann davon, dass auch Adolf Hitler nicht durch Gespräche gestoppt werden konnte: „[...] das ist ja das Schreckliche, dass wir ja mit Putin keinen haben, der unsere Spielregeln - Völkerrecht - akzeptiert.“^[5] Und mit so einem könne man nicht verhandeln.

Es werden wieder neue Hitlers identifiziert. Und die Regularien des Völkerrechts sind also „unsere Spielregeln“, die der Bundesrepublik Deutschland? Dabei hat Deutschland 1999 unter Rot-Grüner Regierung Völkerrecht gebrochen, als es sich - als einer von vielen NATO-Staaten - an den 79 Tagen und Nächten andauernden Bombardierungen Jugoslawiens beteiligt hat. In diesem Krieg wurden 50.000 Bomben und Raketen abgefeuert und tausende Zivilisten ermordet. Vielleicht sind mit „wir“ - die wir uns an die Spielregeln halten - ja auch die USA gemeint? So als wären die USA nicht 2003 völkerrechtswidrig in den Irak einmarschiert und hätten nicht ihre Foltergefängnisse betrieben. Und das sind zurückblickend nur einige der Völkerrechtsbrüche der NATO-Partner. Es geht nicht darum, mit dem Leid der einen das Leid der anderen geringzuschätzen. Es geht darum, dass international gemeinsam eine gerechte Friedensordnung geschaffen werden muss, in der kein Land einen Angriff auf seine territoriale Integrität fürchten muss. Und eine solche internationale Ordnung erhalten wir nicht mit immer mehr Waffen, sondern eine solche Ordnung schaffen wir nur mit Diplomatie und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller beteiligten Staaten. Ich glaube, dass dafür weltweit auch große Mehrheiten bestehen. Das haben die Abstimmungsergebnisse verschiedener UN-Resolutionen in diesem Jahr ganz deutlich gezeigt.

Liebe Mitstreiter, die beschriebene kriegstreibende Haltung ist leider nicht nur für Frau Strack-Zimmermann oder andere FDP-Politiker bezeichnend. Politiker, die in der Ukrainefrage besonnen und auf Ausgleich orientiert handeln, sind bei uns Mangelware. Aber es gibt sie: Zum Beispiel, in unserer Partei DIE LINKE – die Genossinnen Sahra Wagenknecht und Sevim Dağdelen. Und es gibt auch Vertreter in der Zivilgesellschaft wie Herausgeberin der Frauen-Zeitschrift „Emma“ Alice Schwarzer. Auch Forscherinnen und Forscher wie die Professoren Ulrike Guérot oder Johannes Varwick nehmen ausgleichende Positionen ein.

Der Uni Gießen hätte es gut zu Gesicht gestanden, auch solche Meinungen in dieser Veranstaltungsreihe zu Wort kommen zu lassen.

Wenn sie es nicht tun, dann machen wir es. Wir müssen also mit solchen Aktionen wie der heutigen unsere Regierung dazu bewegen, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, dass ein Waffenstillstand ausgehandelt und dass dieser Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beendet wird – und damit das Leiden in der Ukraine endlich aufhört.

Verweise:

^[1]Abschnitt „Veröffentlichungspflichtige Angaben“ unter https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/S/strack_zimmermann_marie-858040 (abgerufen am 12.01.2022)

^[2]vgl. <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/marie-agnes-strack-zimmermann/fragen-antworten/sie-haben-die-frage-ob-sie-lobbyistin-sind-verneint-sie-sind-praesidiumsmitglied-des> (abgerufen am 12.01.2023)

^[3]vgl. <https://www.infosperber.ch/politik/lobbys/strack-zimmermann-ich-bereue-meinen-tweet-nicht/> (abgerufen am 12.01.2023)

^[4]Phoenix Runde vom 11.05.2022, Minute 10:12 f., verfügbar unter <https://www.phoenix.de/sendungen/gespraechе/phoenix-runde/kein-frieden-in-sicht--wa-a-2748034.html> (abgerufen am 12.01.2023)

^[5]ebd., Minute 11.39 ff.

2.6 Yusuf Karaaslan: Klassenkämpfe im Neoliberalismus – LINKE als Motor oder Bremse?

„Angesichts dieses [Prozesses der sozialdemokratischen Entwicklung] ist nicht die Entstehung der opportunistischen Strömung, sondern vielmehr ihre Schwäche überraschend. Solange sie bloß in Einzelfällen der Parteipraxis zum Durchbruch kam, konnte man noch hinter ihr eine irgendwie ernste theoretische Grundlage vermuten. Nun sie aber in dem Bernsteinschen Buche zum vollen Ausdruck gekommen ist, muß jedermann verwundert ausrufen: Wie, das ist alles, was Ihr zu sagen habt? Kein einziger Splitter von einem neuen Gedanken! Kein einziger Gedanke, der nicht schon vor Jahrzehnten von dem Marxismus niedergetreten, zerstampft, ausgelacht, in nichts verwandelt worden wäre!

Es genügte, daß der Opportunismus sprach, um zu zeigen, daß er nichts zu sagen hatte. Und darin liegt die eigentliche parteigeschichtliche Bedeutung des Bernsteinschen Buches“.

Rosa Luxemburg - Sozialreform oder Revolution? – Vorwort: Berlin 1899.

Der Neoliberalismus ist nicht Geschichte – Seine Auswirkungen greifen heute vollumfänglich durch. Besonders in Deutschland nimmt dieser eine spezifische Gestalt an, dessen Verständnis für die aktuelle Lage geboten ist. Diese haben Veränderungen der Produktionsweisen herbeigeführt. Vier Grundtendenzen des Neoliberalismus als „Klassenkampf von oben“ sollen im Folgenden ausgeführt werden. Ihre Rezepte basieren im Grunde auf der Umverteilung von unten nach oben und wurden als Krisenlösung „alternativlos“ durchgesetzt.

1. Veränderungen in den Produktionsverhältnissen und Produktionsweisen sowie in der Kapitalakkumulation durch Börsen und Shareholder Value (Dividendenorientierung). Solche Unternehmensfinanzierungsstrukturen befeuern, dass kurzfristige Gewinnabschöpfungen stärker in den Vordergrund geraten als eine langfristige Entwicklung. Investitionen sind mit hohen Risiken behaftet. Deshalb stagniert zunehmend das konstante Kapital (im marxistischen Sinne). Unternehmen sind im gesamtwirtschaftlichen Raum zu „Sparern“ geworden, während sie in Zeiten von Bretton Woods Unternehmen durch Investitionen noch „Schuldner“ waren.

2. Die Vermarktlichung der Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen und Rente ist ein Phänomen, welches als „Landnahme“ von Rosa Luxemburg Anfang des 20. Jhdts. bis heute von dem Soziologen Klaus Dörre beschrieben wurde. Die gewachsene spekulative Seite der Finanzmärkte muss als Ausdruck der Suche nach Anlagemöglichkeiten gesehen werden.

3. Der Dreiklang von Steuersenkungen, Prekarisierung der Arbeit, Deregulierung der Finanzmärkte ist seit mehreren Jahrzehnten vorangetrieben worden. Als Ausgleich zur Produktivitätsstagnation sollte die Arbeitskraft stärker ausgeschöpft werden.

4. Ein privatisierter „Keynesianismus“ tritt ein: Privatschulden sollen Überakkumulationskrisen kompensieren. Privatschulden stiegen im Zuge sinkender Reallöhne (siehe Punkt 3).

Was für die Aufrechterhaltung des „American Dream“ notwendig schien, spielt für den Warenverkauf außerhalb von Lebensmitteln auch in Deutschland eine immer größer werdende Rolle. Auch in den heutigen Tarifaueinandersetzungen sind Einmalzahlungen ein beliebtes Mittel, die den Lohn weiterhin niedrig halten und für spätere Tarifaueinandersetzungen ein großer Rückschlag sind. Im Zusammenspiel hemmen diese Produktionsverhältnisse die weitere Produktivkraftentwicklung.

Deutschland und Imperialismus in der Eurozone

Die Rolle Deutschlands als imperialistischer Player der Eurozone und darüber hinaus, die durch die Agenda 2010 angetrieben wurde, hat ökonomische Hintergründe. Diese sollen thesenartig skizziert werden:

1. Die Agenda 2010 verschaffte Wettbewerbsvorteile, wie Lohnsenkungen, Flexibilisierung, Leiharbeit und machte die deutsche Exportwirtschaft (Chemie-, Metall-, Elektro-, Autobranche) zum größten imperialistischen Player innerhalb der Eurozone – zum Nachteil anderer EU-Länder. Die Exportquote Deutschlands beträgt 47,5%, während die Exportquote in Frankreich: 29,9%, in Japan 18,4% und in den USA 10,8% beträgt.
2. Interne Abwertung Deutschlands (Lohnsenkungen) bei gemeinsamer Währung führte langfristig in anderen EU-Ländern wie Frankreich und Italien zur Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Austeritätspolitik (zeitweise ca. 250 Mrd. € jährlich an Exportüberschüssen Deutschlands). Dadurch fand eine radikale Verdrängung von Konkurrenzfirmen auf dem Export- und Industriesektor aus anderen EU-Ländern statt.
3. Leistungsbilanzdefizite anderer Länder führten wegen deutscher Exporte langfristig zum Geldabfluss nach Deutschland und insgesamt zu Konflikten zwischen den Machtakteuren der EU. Konzentration der Produktion findet in erster Linie in Deutschland statt, was zu Brain-Drain und Arbeitskräfteabwanderung mit der Folge sinkender Produktivität in anderen (EU-)Ländern führte.
4. Günstigere Konditionen für Kredite waren der „unausgesprochene Deal“ zwischen Deutschland und den süd-europäischen Staaten bis zum Zeitpunkt der Eurokrise. Danach wurden südeuropäische Länder geplagt von Austeritätspolitik unter direktem deutschen Diktat.
5. Das Akkumulationsregime ist mittel- und langfristig gefährdet, wie es anhand der Überakkumulationskrise während der Corona-Krise deutlich wurde. Gleichzeitig verschieben sich strukturell Absatzmärkte (China ist mittlerweile größter Abnehmer deutscher Autos).

Klassenanalyse:

Trotz Intellektualisierung der Gesellschaft kann man besonders im Industrieland Deutschland klar sagen: Der „Geist“ hat den „Schweiß“ nicht abgelöst. Die verstärkte internationale Arbeitsteilung und das Wachsen der Zirkulationsphäre (Amazon, Google,

Lieferando) ist Ausdruck veränderter Produktionsweisen und -verhältnisse. Daher soll ein kurzer Abriss über die Klassenlage skizziert werden.

1. Hegemonialer Block im Akkumulationsregime Deutschlands ist der lohnrepressive, exportorientierte Industriesektor. Dieser war der größte Wachstumstreiber in den letzten Jahrzehnten.

2. Die Schicht der (kulturellen) Intelligenzia und die Mittelschichten spielen als Klassenfraktion der Arbeiterklasse eine große Rolle.

Die akademisch-gebildete Schicht versteht sich als kosmopolitische Subalterne, die mit Fragen wie dem Klima, Diskriminierung und bürgerliche Gleichstellungspolitik konfrontiert ist und eher in der Kopfarbeit, besonders in der spezialisierten Dienstleistungsbranche und öffentlichen Verwaltung in Großstädten tätig ist.

3. (Fach-)Arbeiter (darunter auch technische Intelligenz) in der exportorientierten Branche (Chemie, Automobil, Maschinenproduktion), die eher außerhalb der Metropolen arbeiten/leben und am unteren Ende mit Abstiegssorgen konfrontiert sind. Der Wandel im Automobilssektor wird gleichzeitig begleitet von zunehmender Prekarität rund um die kleiner werdende Stammebelegschaft.

4. Niedrigqualifizierte Arbeiter und Arbeitslose entwickeln sich nach rechts: Als Abwehrhaltung werden soziale Fragen kulturalisiert und über folgende Spaltungslinien im Alltag erfahren: Durch Knappheit erzeugte Konkurrenz mit ausländischen Arbeitern / Flüchtlingen um Jobs/Gehalt im deregulierten Niedriglohnssektor und z.B. um Wohnraum.

Deutsches Kapital als zweitgrößter Verlierer im Wirtschaftskrieg – Platz 1 deutsche Bevölkerung

Anfang 2022 lag Russland noch auf Platz 14 der wichtigsten Exportmärkte Deutschlands, die sich bis dahin wegen der Krim-Sanktionen bereits halbiert hatten. Laut Deutscher Industrie und Handelskammer (DIHK) sind etwa 40.000 Betriebe mit Geschäftsbeziehungen nach Russland und 250.000 Vollzeitbeschäftigte von den neueren Sanktionen betroffen. Weitaus gravierender hingegen sind allerdings die explodierenden Energiepreise (1) und besonders der Ausfall von Vorprodukten (2):

(1) Die Großhandelspreise für Erdgas lagen Anfang Februar 2022 bei rund 80 Euro pro Megawattstunde (MWh) und stiegen zeitweise auf über 340 Euro pro MWh. Laut Institut der deutschen Wirtschaft geben 60% der befragten Unternehmen auch im Jahr 2023 die hohen Energiepreise als ernstes Problem an. 85% der Unternehmen geben sogar an, dass aufgrund von Energieengpässen mit Produktionsstörungen zu rechnen ist. Insgesamt hat fast jedes zehnte mittelständische Industrieunternehmen einer Umfrage zufolge seine Produktion in Deutschland schon wegen hoher Preise unterbrochen oder gedrosselt. Jedes fünfte Unternehmen denkt über eine Verlagerung ins Ausland, darunter v.a. die USA, nach.

(2) Etwa zwei Drittel der Unternehmen melden fehlende Waren und Dienstleistungen an. Der Kern der Wachstumstreiber, die Exportindustrie, sind besonders betroffen. Im Durchschnitt beträgt die Wertschöpfung im Ausland am deutschen Export etwa 19% - in manchen Branchen bis zu 40%. Auch prall gefüllte Auftragsbücher helfen nichts, wenn Warenströme versiegen und Vorprodukte nicht geliefert werden. Die aktuelle Krise und der Druck in der Automobilindustrie wird besonders an die Zulieferdienste weitergegeben.

In der wichtigsten Exportbranche Deutschlands, der Automobilindustrie, spielt daneben auch der Absatzmarkt eine große Rolle. VW erzielt 40% der Absätze in China. Insgesamt ist allerdings der wichtigste Exportabsatzmarkt weiterhin die USA, während China Platz 2 einnimmt (2021). Während durch Protektionismus - verstärkt durch die Corona-Pandemie - die Globalisierung im Güterhandel zurückgeht, vertieft sich die Globalisierung in für Deutschland eher unbedeutenden Bereichen: Dienstleistung und Datenhandel. Diese Entwicklung bedeutet für das deutsche Exportmodell starke Einschränkungen. Denn die Kapitalsphären vertiefen sich rund um die USA einerseits und um China andererseits. Das ist ein Spaghat, den die deutsche Exportindustrie bei dem globalen Systemkonflikt nicht einfach überbrücken kann. Stimmen aus der Wirtschaft häufen sich, wie BDI-Präsident Russwurm vor Sanktionen gegen China warnte: „Wenn wir nur in liberalen Demokratien Geschäfte machen, dann wird die Welt für das Exportland Deutschland ziemlich eng“.

Insgesamt stürzt damit das hegemoniale Akkumulationsregime der deutschen Exportindustrie in die Krise. Dies hat für DIE LINKE akute Strategie-Fragestellungen aufgeworfen. Schon in der Corona-Zeit hat sich DIE LINKE von Teilen der Arbeiterklasse entfremdet. Während der Pandemie war die Facharbeiterschicht durch die Sozialpartnerschaft in Form von Kurzarbeitergeld aufgefangen worden. Die künstlerisch-urbane Intelligenz hingegen konnte im Home-Office und mit Amazon-Paketen, Essenslieferanten etc. „überwintern“. Gleichzeitig wurde die Pandemie stark auf dem Rücken der Arbeitslosen sowie von Niedriglöhnern ausgetragen, die hingegen keinen so guten Zugang zu Medien, Wissenschaft und Politik haben wie Redakteure, Wissenschaftler etc. Letzte sitzen an den Schalthebeln der öffentlichen Meinungsbildung und können ihre Interessen dort gut artikulieren.

In der Entwicklung des Wirtschaftskriegs ändert sich das: Während die Facharbeiterschicht und das Großkapital in ihrem Korporatismus zerrissen sind zwischen der globalen Multipolarität, vertiefen sich die Konflikte um die „transatlantisch“ orientierten Schicht der künstlerisch-urbanen Intelligenz. Besonders interessant ist in der Frage, wieso Kapitale um den BDI herum es nicht schaffen, ihre Interessen stärker zu materialisieren. Es scheint fasst, als ob die diskursive Hoheit der (künstlerischen) Intelligenz einen „Putsch“ vollzogen hat, der jedoch nicht ohne die Rolle der USA erklärt werden kann.

Die Frage dieser Schichten und der Strategie muss vertieft und erweitert diskutiert werden.

2.7 Benjamin Roth: Sicherheit geht nur sozial

Es ist dringend notwendig, über den Begriff „Soziale Sicherheit“ zu sprechen. Die Agenda 2010 brachte einen herben Einschnitt in den Wohlstand breiter Teile der Bevölkerung. In der bleiernen Ära Merkel ging die Prekarisierung schrittweise voran. Die Corona-Krise und noch mehr die Energiekrise werden von der herrschenden Klasse zum Anlass genommen, um einen noch härteren Schlag gegen Lohnarbeit und Sozialstaat auszuteilen. Verelendung und Existenzängste treten offener denn je zutage.

In diesen Zeiten massiver sozialer Verwerfungen muss die politische Linke reagieren. Ein „business as usual“ fährt uns jetzt gegen die Wand. Die hessische Landesarbeitsgemeinschaft „Linksrum – für Frieden und soziale Sicherheit“ der Partei DIE LINKE hat sich bewusst darauf geeinigt, von „Sozialer Sicherheit“ zu sprechen. Was ist damit gemeint?

Worin unterscheidet sich soziale Sicherheit von sozialer Gerechtigkeit? Warum ist die Forderung nach sozialer Sicherheit gerade die Klügere? Und wie können wir für soziale Sicherheit streiten?

Im klassischen Sinne ist mit sozialer Sicherheit die öffentliche Daseinsvorsorge gemeint: Versicherungen, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Gesundheit und Versorgung. Im englischsprachigen Raum wird das auch „social security“ genannt. Eine Absicherung gegen soziale Risiken ist für alle Menschen wichtig – besonders in Zeiten, in denen sie leider nicht mehr selbstverständlich ist. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfälle und Todesfälle von Angehörigen können das Leben schlagartig beeinträchtigen. Aber auch positive Ereignisse – wie Kinderkriegen oder der Eintritt ins Rentenalter – bedeuten zunächst einmal finanzielle Belastungen. Eine Gesellschaft muss Menschen in solchen Situationen schützen und unterstützen. Schon der US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1933-1945) nannte die „Freiheit von Angst“ als eins seiner vier elementaren Grundrechte. Nur wer finanziell abgesichert ist, kann angstfrei leben. Nur, wer frei von Angst ist, kann über sein Leben voll verfügen. Es ist gerade die existenzielle Angst, welche Zaghaftigkeit und Zaudern gegenüber einem sozialökologischen Umbau unserer Gesellschaft oder Abschottungswünsche gegenüber Zugewanderten befördert. In Zeiten massiver sozialer Deklassierung muss die politische Linke dies dringend adressieren.

Klassisch arbeitet die Linke mit der Losung „Soziale Gerechtigkeit“. Seit dem 19. Jahrhundert wird die Armut der Armen in Zusammenhang mit dem Reichtum der Reichen gedacht und kritisiert. Allerdings hat sich das Verständnis von Gerechtigkeit nach 40 Jahren Neoliberalismus gewandelt: Einerseits wurde es auf Chancengleichheit verengt. Wenn nur alle die gleichen Startbedingungen hätten, müsse man über jene, die dann auf der Strecke bleiben, nicht mehr jammern. Mit einem solchen Denken werden zum Beispiel Bildungsreformen als Heilmittel gegen Armut verkauft.

Andererseits wird unter „Diversität“ – sprich: der Förderung von Vielfalt vor allem in der öffentlichen und politischen Repräsentation – die soziale Pyramide als gerecht verkauft, solange sie nur viele Gruppen abbildet. Diese Art von Gerechtigkeit bedeutet keine echte

Verbesserung der Lebensbedingungen breiter Teile der Bevölkerung. Bestenfalls können zuvor gänzlich ausgeschlossene Bevölkerungsteile nun auch ein Los in der Kapitalismus-lotterie ziehen.

Mit Forderungen nach Gerechtigkeit sollen sowohl Gefühle der Wut, wie auch der Angst in der Bevölkerung angesprochen werden. Die politische Linke ist damit zurzeit nur eine Stimme der Wut unter vielen im Polittheater. Politische Wut sind die Prekarisierten gewohnt – vor allem vorgeheuchelte. Das Gefühl der Angst überlassen die Linken jedoch den rechten Kräften mit ihrem Begriff von Sicherheit, der vor allem Polizeigewalt, Abschottung, Überwachung und Kriegsführung meint. Mit diesen Vorstellungen schürt die politische Rechte die Angst der Bevölkerung. Sie nutzen die reale Angst vor Verelendung, um sie auf falsche oder marginale Bedrohungen wie Kriminalität, Minderheiten und andere Länder zu lenken. Die Niederschlagung verarmter Bevölkerungsteile soll den noch nicht vollständig Verarmten vorspiegeln, dass Staat und Politik sich um sie kümmern würden. Dabei werden mit dieser Art von Politik die allermeisten noch ärmer und Kriminalität nur noch verstärkt. Ein Teufelskreis, den die Linke durchbrechen kann, wenn sie den Kampf um soziale Sicherheit aufnimmt. Mit der Forderung

- nach einem ausfinanzierten Gesundheitssystem, das Pflegekräfte vor Überlastung und Patienten vor Vernachlässigung schützt;
- nach einer bedingungslosen Sozialversicherung, die auch bei Arbeitslosigkeit vor Elend und Erniedrigung rettet;
- nach einer friedlichen Außenpolitik, die statt Waffen humanitäre Güter exportiert und Fluchtursachen bekämpft.

Eine solche Politik würde unser aller Leben wirklich sicherer, planbarer und gestaltbarer machen. Wir müssten weniger Angst um uns und unsere Liebsten haben und hätten wieder mehr Kraft und Nerven, um uns den ernststen Fragen unserer Zeit zu stellen: Der Klimakrise, der sozialen Ungleichheit u.v.m.

Allerdings darf das nicht heißen, um Almosen zu bitten und danach Ruhe zu geben. Vielmehr muss „Soziale Sicherheit“ mit der Forderung verbunden sein, dass wir real über unser Leben verfügen können

- durch mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, auch über wirtschaftliche Fragen;
- durch Einfluss der Kommunen auf Krankenhäuser und Arbeitsagenturen;
- durch mehr Zeit für politische Einflussnahme und soziales Engagement.

Denn eines ist klar: Diese „Soziale Sicherheit“ müssen wir uns erkämpfen. Indem wir solidarisch sind im Alltag, uns im Kleinen gegenseitig helfen und einander in schweren Lagen beraten. Indem wir die Angst und Unsicherheit sichtbar und aussprechbar machen und allen zeigen, dass sie damit nicht alleine sind. Und indem wir zusammen auf der Straße diese „Soziale Sicherheit“ lautstark einfordern!

Beitrag auf Grundlage eines Referats vom 02.10.2022 auf der Sitzung der LAG Linksrum.

3.1 Bericht über die Demonstration „Aufstand für Frieden“ vom 25.02.23 in Berlin

Das „Manifest für Frieden“ löste die größte, breiteste Friedensmobilisierung seit den Anti-Irak-Krieg-Protessen aus – mit ca. 50.000 Teilnehmenden und über 750.000 Unterschriften.

Immer weitere Teile der Bevölkerung sind nicht mehr bereit, sich in die Kriegsfront von Baerbock und Co. einzureihen. Nach einem Jahr Krieg und Entkleidung der ukrainischen Regierung zur Kenntlichkeit einer neoliberalen, nationalistischen und rechtsoffenen Kriegspartei, wird die Bereitschaft der Unterstützung immer geringer. Das Manifest für Frieden setzt genau an diesem Friedenswillen an. Die Reden wurden sehr gespannt aufgenommen – Sprechchöre mit „Frieden schaffen ohne Waffen“ und „Baerbock weg!“ bezeugten den Friedenswunsch und Empörung über die provokative Außenministerin.

Vor Ort waren vor allem Friedensaktive mit Friedenstauben und Plakaten für eine Verhandlungslösung anwesend. Gespräche beim Flugblätter verteilen deuteten auf ein teils linkes, friedensbewegtes Spektrum, aber auch große Teile unorganisierter Menschen hin. Aber auch Sympathisanten der AfD, die unsere Flugblätter ablehnten, waren anzutreffen.

Die Linke hat in dieser Situation historisch versagt. Der Bundespartei- und auch der hessische Landesvorstand entschieden sich, an der Seitenlinie dieser entstehenden Bürgerbewegung zu stehen und nicht mit eigenen Positionen Teil zu sein. Die Diffamierung und Rechtswende von Teilen der Funktionäre in der Partei die Linke ist sehr gefährlich. Man denkt, je lauter man Querfront schreit, desto weniger wird wahrgenommen, dass es gerade jene Kräfte des Querfront Vorwurfs sind, die sich an die Seite von deutschen Bellizisten von Baerbock bis Weidel stellen, indem sie Waffenlieferungen fordern und zur bedingungslosen Unterstützung der Ukraine aufrufen.

Die Tageschau am 25.02. berichtete überraschend positiv – obwohl die Tagesthemen vom gleichen Tag und die Online Redaktion sich kritisch bis diffamierend geäußert hatten. Insgesamt überwiegt die Hetzta in den Medien, da es gerade diese Sozialschichten sind, die den Kriegskurs stützen: Konservative und Grüne. Die öffentlichen Angriffe zeigen aber auch, wie groß die Gefahr ist, die von einer Friedensbewegung für die Herrschenden ausgeht. Frei nach dem Motto „es darf keine Alternative geben“, sonst bricht den Herrschenden die Meinungsführerschaft weg. Deutschlandweit gibt es aber auch in den Medienhäusern und Redaktionsgruppen politische Auseinandersetzungen um die Frage der Kriegsbeendigung oder Fortführung.

Wie weiter? In Verbindung mit dem Ostermarsch könnten weitere Unterschriften für das „Manifest für den Frieden“ gesammelt werden. Das gäbe auch unorganisierten Teilen dieser neuen Friedensbewegung eine Möglichkeit, weiter für den Frieden zu kämpfen.

Die Partei DIE LINKE und ihre Vorstände müssen weiter unter Druck gesetzt werden, um dem friedenspolitischen Anspruch des Erfurter Programms gerecht zu werden. Die Auswertung der Demonstration als Deutungskampf ist hier nicht zu vernachlässigen. Vor allem aber kommt es auf weitere friedenspolitische Aktionen an.

<https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

3.2 Kurzbericht über bisherige Aktivitäten der "LAG Linksum"

Wir treffen uns seit Sommer 2022 und sind zurzeit über 50 Genoss/innen in 15 hessischen Kreisverbänden. Auf unseren bisherigen Treffen haben wir über die Lage in der Partei DIE LINKE., aktuelle Kampffelder der Friedensbewegung in Deutschland, die Klassenkämpfe in der „Zeitenwende“, den Widerstreit von Kosmopolitismus und Kommunitarismus sowie mögliche Strategien innerhalb der kriselnden Partei DIE LINKE. gesprochen. Auf den kommenden Sitzungen werden wir über die Vorbereitung der Ostermärsche und Protestaktionen gegen die horrenden Heizkostenabrechnungen sprechen.

Auf Landesebene waren wir an verschiedenen Protesten beteiligt: Am Protest gegen die Bundestagsabgeordnete und Rüstungslobbyistin Marie-Agnes Strack-Zimmermann am 19. Dezember 2022 in Gießen; gegen den Bundeskanzler Olaf Scholz am 03. Februar 2023 in Marburg; gegen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am 19. Februar 2023 in Frankfurt am Main. Ferner waren wir bei der Großdemonstration „Aufstand für Frieden“ – organisiert von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht – am 25. Februar 2023 in Berlin zugegen und haben dahin zwei Busse mitorganisiert.

Wir arbeiten auch für eine marxistisch orientierte politische Bildung und mehr kritischen Diskurs innerhalb der Partei DIE LINKE. . Am 24. November 2022 hatten wir dafür eine Veranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Ernst (DIE LINKE.) zum Thema Energiepolitik organisiert. Zurzeit planen wir eine Veranstaltung zum Thema „Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus“ mit Werner Rügemer im Mai 2023.

4. Kontakte und die nächste Ausgabe der Publikation:

Die nächste Ausgabe der Publikation unserer LAG „Linksum – Für Frieden und Soziale Sicherheit“ soll voraussichtlich im **Juni 2023** erscheinen. Wir freuen uns über Beiträge ...

- ... die sich mit den aktuellen imperialistischen Kriegen (offen wie verdeckt) befassen und Perspektiven für die deutsche **Friedensbewegung** ausloten.
- ... die die Angriffe der herrschenden Klasse auf den **Sozialstaat** untersuchen und Möglichkeiten des Widerstands und der Selbsthilfe erörtern.
- ... die sich mit den organisatorischen Problemen der Partei DIE LINKE. auseinandersetzen und nach Möglichkeiten gegen **Opportunismus** und Karrierismus suchen.

Wir freuen uns ferner über **Repliken und Reaktionen** auf die bisherigen Beiträge, um miteinander in Diskussion zu treten und unsere Positionen aneinander zu schärfen.

Wenn Ihr hierzu etwas schreiben möchtet, schreibt uns am besten eine Email mit Konzept oder grober Idee für den Artikel mit Betreff „Publikation 2“ an LAGFriedenSozial@web.de .



Wenn Ihr Interesse an der LAG „Linksum – für Frieden und Soziale Sicherheit“ habt, dann schreibt uns gerne per Email an:
LAGFriedenSozial@web.de .